

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

135 (13.6.1918)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 1.10 M., 1/2jähr. 5.50 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bezw. 3.60 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Montag mittags. **Verkaufspreis:** 1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. **Verkaufspreis:** Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonieteil od. deren Raum 20 A. Platzangeben billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gred & Cie., Karlsruhe.

Sozialdemokratische Partei Baden.

Parteitag 1918.

Gemäß § 10 des Landesorganisationsstatuts beruft der Landesvorstand den

Ordentlichen Parteitag für 1918

auf

Samstag, den 20. und Sonntag, den 21. Juli, nach Offenburg ein.

Die Verhandlungen finden im Saale der „Mischhalle“ statt und beginnen Samstag nachmittags 3 Uhr.

Als provisorische Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Wahl des Bureau, der Mandatsprüfungskommission und Festsetzung der Geschäftsordnung.
2. a) Geschäfts- und Kasienbericht des Landesvorstandes: Referenten Anton Geiß und Karl Sahn. b) Erhöhung der Mitgliederbeiträge.
3. a) Reichspolitik: Referent Reichstagsabg. Oskar Ged. b) Bericht der Landtagsfraktion: Referent Landtagsabg. Georg Strobel.
4. Beratung der bei vorstehender Tagesordnung unerledigten Anträge.
5. Wahl des Landesvorstandes.
6. Wahl des Ortes für den nächsten Landesparteitag.

Alle Anträge, die auf dem Parteitag zur Beratung kommen und in der Parteipresse rechtzeitig veröffentlicht werden sollen, müssen bis spätestens 6. Juli 1918 im Besitz des Landesvorstandes sein.

Wir ersuchen die Mitgliedschaften, die Vertreterwahlen nach § 11 des badischen Organisationsstatuts sofort zu erledigen und dem Landessekretariat unter der Adresse:

Karl Sahn, Mannheim, R. 3, 14/II.

die Namen und genauen Adressen der gewählten Vertreter bis längstens 6. Juli bekannt zu geben, damit denselben das Material für den Parteitag zugesandt werden kann.

Wegen Quartier und Verpflegung wollen sich die gewählten Vertreter und alle übrigen Teilnehmer am Parteitag an die Adresse

M. Eitwein, Offenburg, Jellerstraße,

wenden.

Mannheim, den 13. Juni 1918.

Der Landesvorstand.

Deutscher Tagesbericht.

Westlicher Kriegsschauplatz.

W.W. Großes Hauptquartier, 12. Juni. (Amtlich.) Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Artilleriekampf westlicher Fronte. Die Infanterietätigkeit blieb auf Erkundungsgesichte beschränkt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. In schweren Kämpfen hat die Armee des Generals von Hutier gestern den erwarteten, zur Wiedereinnahme des Höhenblocks südwestlich von Royon geführten großen Gegenangriff mehrerer französischer Divisionen zum Scheitern gebracht. Unter schwersten Verlusten wurde der Feind auf seiner ganzen Angriffsfront von Le Bloyen bis Antheuil zurückgeworfen. Seine in großer Zahl zum Einsatz gebrachten Panzerwagen liegen zertrümmert auf dem Kampffeld zwischen Mery und Velloy, wo der feindliche Ansturm in unserem Gegenstoß zerfiel, dauernd erbitterte Kämpfe bis zur Dunkelheit an. Das westliche Duse-Weiler nördlich der Wagnmündung wurde vom Feinde gesäubert. Die Zahl der von der Armee eingebrachten Gefangenen hat sich auf mehr als 13000 erhöht.

Der Verlust der Höhe südwestlich von Royon zwang den Feind zur Räumung seiner Stellungen im Carlepont-Walde auf dem Ostufer der Die. Dem weichen Feinde stießen wir über Carlepont und Caisnes stark nach und erreichten kämpfend die Gegend nördlich von Bailly-Trach-le-Wal, westlich Kampfel.

Harträchtig und keine Opfer scheuend, setzte der Feind seine vergeblichen Angriffe nordwestlich von Château-Chierry fort. Mehrfacher Ansturm brach hier blutig zusammen.

Der 1. Generalquartiermeister: Dubendorff.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 12. Juni, abends. (W.W. Amtlich.) Derliche Kämpfe auf dem Schlachtfeld südlich von Royon und südlich der Aisne.

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 12. Juni. (W.W. Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Im Abschnitt des Stilfer Jochs westlich von Asiago und am Monte Mejelone wurden feindliche Vorstöße abgewiesen.

In Albanien im Raume bei Sinapremte und nordwestlich von Korra dauern die Kämpfe mit angreifenden Franzosen an.

Der Chef des Generalstabes



Die neue Niederlage der Franzosen.

Berlin, 12. Juni. (W.W. Nicht amtlich.) An der neuen Kampffront zwischen Montdidier und Royon haben die Franzosen eine schwere Niederlage erlitten. Sich der Wichtigkeit des verlorenen Höhenlandes voll bewusst, setzten sie die stärksten Kräfte an, um den Deutschen die erzwungenen Vorteile wieder zu entreißen. In mehreren Divisionen und in dichten Wäldern griff der Feind an. Um 11 Uhr 30 vor-mittags begannen die Gegenangriffe gegen unsere Linien von Le Bloyen bis Antheuil. Der Hauptstoß des Feindes richtete sich gegen unsere Stellung von Courcelles bis Mery. Hier massierte er seine Angriffstruppen und unterstüzte sie mit zahlreichem Tanks und Schützengeschützen. Bei Courcelles schickte er allein über 30 Tanks vor. Bei Mery ließ er gegen 80 Kampfwagen gegen unsere Gräben vorrollen. Der deutschen Artillerie boten diese unfürsorglichen Wagen lohnende Ziele. Die Hälfte der französischen Tanks liegt zertrümmert auf dem Schlachtfeld. Der mit rücksichtsloser Energie geführte Angriff brach unter außerordentlich schweren Verlusten zusammen. An der Hauptangriffsstelle von Courcelles bis Mery traf den Feind mit voller Wucht der deutsche Gegenstoß und warf ihn zurück. Am Nachmittag um 5 Uhr setzte er zwischen Velloy und Antheuil zu neuen Angriffen ein. Hier machte er die weitestgehenden Versuche, unsere Linien zu durchbrechen. Sie blieben erfolglos und scheiterten unter schwersten blutigen Verlusten. Weiter östlich brach ebenfalls der Angriff eines französischen Regiments gegen die Stellungen bei Chevincourt verlustreich in sich zusammen. Trotz der bereits ungeheuerlichen Verluste gab der Feind auch jetzt noch nicht seine Hoffnung auf, einen entscheidenden Erfolg zu erringen. Abends 7 Uhr wiederholte er wiederum unter Einsatz von zahlreichen Tanks seinen Angriff in Gegend von Le Bloyen und südlich von Mery. Sie endeten wiederum mit der kläglichsten Ergebnislosigkeit der mehrfachen Anstürme. Dasselbe Schicksal erlitt ein bald nach Mitternacht längs der Straße Coudon-Vendelicourt angelegter Vorstoß. Weiter östlich bis zur Die erfolglos aus Mourette heraus geführte Gegenangriffe in französischem Blut. Die feindlichen rückwärtigen Verbindungen, aus denen der Feind immer wieder neue Reserven heranzuführte, lagen unter schwerem wirksamem Feuer. Vom Morgen bis in die tiefe Nacht hinein hielten die Kämpfe an. Wäutig nutzlos hat der Feind auf der ganzen Front keine Kräfte erschöpft.

Nordwestlich von Château-Chierry griff am Morgen des 11. Juni nach kurzer starker Feuerbereitung der Feind unter dem Schutz des Morgennebels in mehreren Wellen tiefgeliedert unsere Stellungen an. Auch hier wurden sämtliche Angriffe unter blutigen Verlusten für den Feind abgewiesen, der im Laufe des Tages unter Einsatz frischer Kräfte ohne jede Rücksicht auf Verluste seine verzweifelten Vorstöße wiederholte, ohne daß es ihm gelang, irgend welchen Vorteil zu erringen. Unter Artilleriefeuer, die Abwehr und die Gegenangriffe unserer Infanterie folgten dem Feinde ganz außerordentlich schwere Verluste zu. Eine große Anzahl Gefangener blieb in unserer Hand.

Neue Versenkungen.

W.W. Berlin, 11. Juni. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England wurden neuerdings durch die Tätigkeit unserer U-Boote.

10000 B.M.T.

Handelschiffsraum vernichtet.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Berlin, 12. Juni. (Privatmeldung.) Der in Frankreich erwartete große amerikanische Dampfer „Binar del Rio“ wurde einer Genfer Meldung des „L.A.“ zufolge am letzten Mittwoch in amerikanischen Gewässern von einem deutschen U-Boot versenkt. Ob er Truppen an Bord hatte, wird nicht angegeben.

Ein österreichisches Kriegsschiff torpediert.

Wien, 12. Juni. (W.W. Nicht amtlich.) Vom Kriegsministerium der Marineinspektion wird mitgeteilt, daß S. M. Schiff „Szent Jitran“ bei einer Nachfahrt in der Adria torpediert wurde und gesunken ist. Es werden der Linienchefleutnant May de Rövid, der Marinebetriebsleiter Syrnik, der Seekadett Anton Müller und etwa 80 Mannschiffsbesatzung vermißt. Der See-Militant Josef v. Serda ist tot. Der Rest der Besatzung wurde gerettet.

Die Leiden der Irländer.

W.W. London, 12. Juni. (Nicht amtlich.) „Daily News“ melden: die Dubliner Korporation nahm einstimmig eine Entschlieung an, welche Protest erhebt gegen die „feige und unberechtigte Handlungsweise der britischen Regierung, bestehend in der Festnahme von 88 unserer Landsmänner, die sich jetzt in verschiedenen Strafanstalten befinden.“ Die Entschlieung protestiert gegen die „grausame und unmenschliche Behandlung, der dieselben unterworfen sind, indem ihnen verweigert wird, in irgend welcher Weise mit ihrer Familie, Verwandten und Freunden zu verkehren, von denen sich viele selbst noch im Unkenntnis über den Aufenthaltsort der Gefangenen befinden.“

Die polnische Legion vor dem Kriegsgericht.

W.W. Warszawa-Sziget, 12. Juni. (Nicht amtlich.) In der Hauptverhandlung gegen die Angeklagten des aufgelösten polnischen Hilfskorps wurde heute die Vernehmung des Legionshauptmanns Intendanten Gorech y fortgesetzt. Der Angeklagte schilderte die Ereignisse vom 15. Februar 1918 und erklärte, er habe am Vormittag den Befehl erhalten, die Truppen marschbereit zu halten und so-dann, wenn keine Weisung vom Regimentskommandanten in Warschau bis 4 Uhr nachmittags eintreffe, unter dem Deckmantel einer Nachübung das beabsichtigte Durchschießen zwecks Vereini-gung mit den Truppen des Generals Musnicki durchzuführen zu können. Den Stab des Generals Seibinski und die ihm zugeteilten Offiziere, welche den Befehl der Legionäre nicht billigen wollten, hat Gorech y unter militärischen Zwang genommen und beim Abmarsch der Truppen mit sich geführt. Der Vormarsch ging bis Rostanice, wo er von den Sturm-battaljonen gefangen genommen wurde. Im weiteren Ver-laufe der Verhandlung verteidigte Gorech die Angabe, von wem er die Befehle und Instruktionen zum Vormarsch erhal-ten habe, da ihm nachträglich zur Kenntnis gebracht worden sei, daß in der Nacht vom 15. zum 16. die Weisung des Regent-schaftsrates einlief, den weiteren Verlauf der Dinge abzu-warten.

W.W. Warszawa-Sziget, 11. Juni. (Nicht amtlich.) In der heutigen Verhandlung vor dem Feldgericht wurde die Ein-bernehmung des Legionshauptmannes Intendanten Gorech y beendet und das Verhör mit dem zweiten Hauptangeklagten Altmeister Dolowicz begonnen, der sich in verabredeter Gemeinschaft mit Gorech y und mehreren bemanneten Re-gionären gegen den Kommandant des polnischen Hilfskorps General Zielinski und seinen Stab aufgelehnt hatte. Dolowicz erklärte, sich überhaupt nicht für schuldig, und begann mit der Darlegung der Voreignisse am 15. Februar.

Parlamentarische Handelskonferenz der Alliierten.

London, 12. Juni. (Neuer. Privattelegramm.) Am 2. Juli wird in der Royal-Galerie in Westminster eine parlamentarische Handelskonferenz eröffnet werden. Es werden Delegierte aus Frankreich, Ita-lien, Portugal, Belgien, Japan, Serbien und möglicherweise aus anderen Ländern erwartet.

Die rumänischen Wahlen.

W.W. Bukarest, 11. Juni. (Nicht amtlich.) Die rumä-nischen Parlamentswahlen sind bis auf wenige Stich- und Nachwahlen beendet. In den zwei Senatskollegien wurden 107 Anhänger der Regierung und 2 un-abhängige Kandidaten gewählt. Außerdem stehen verfassungsgemäß dem Kronprinzen je zwei Vertreter, den bei-den Landesuniversitäten acht, Geistlichen Würdenträger je ein Sitz im Senat zu. Von den drei Kammerkollegien wurden 163 Regierungskandidaten, sowie die beiden be-kanntesten Minister, drei Anhänger der Gruppe Carv, vier Kandidaten der Gruppe Steres und sieben unabhängige Kandidaten gewählt. Unter den Unabhängigen befinden sich General Averescu, der den Präliminarfrieden unterzeich-nete, der nationalpolitische Antimiet Caro und der ehemalige Minister Badorau. Obgleich die Parteien Fratiianus und Take Ionescu mit allen Mitteln für die Wahlent-haltung bei der Bevölkerung eintraten, damit die vom Wahl-gesetz vorgeschriebene Mindeststimmzahl von ein Drittel der eingeschriebenen Wähler nicht erreicht werde, war die Wahl-beteiligung im allgemeinen fast ebenso stark wie früher, beson-ders in den großen Städten. Nur in einem einzigen Fall, in Galaş, mußte wegen zu geringer Wahlbeteiligung die Wahl für ungültig erklärt werden.

(Weitere Kriegsnachrichten siehe Seite 5.)

§ 137 des Schulgesetzes.

Karlsruhe, 13. Juni.

Das Zentrum hat bekanntlich im Landtag den Antrag auf Aufhebung des § 137 des Schulgesetzes gestellt. Dieser Paragraph bestimmt, daß kirchlichen Korporationen und Stiftungen die Errichtung von Lehr- und Erziehungsanstalten nur auf Grund eines besonderen Gesetzes gestattet wird. Soweit § 133 des Schulgesetzes die Errichtung von Privatschulen zuläßt, können solche nach Erfüllung bestimmter Voraussetzungen durch Einholung der Staatsgenehmigung erfolgen. Gegenüber den Privatunternehmern bedeutet der § 137 des Schulgesetzes zweifelsohne ein Ausnahmerecht. Dieses Ausnahmerecht zu beseitigen ist die Sozialdemokratie willens. Ihr Bestreben geht jedoch dahin, daß die Staatshoheit des Schulwesens gewahrt und dessen fortschrittliche Weiterbildung durch Ueberwachung von Privatlehranstalten nicht beeinträchtigt wird. Aus diesem Grunde verlangt die Sozialdemokratie, daß die Errichtung aller nichtstaatlichen Lehr- und Erziehungsanstalten nur durch ein besonderes Recht zu gestatten sei. Damit will sie die Privatlehranstalten nicht beseitigen, jedoch deren Genehmigung der Gesetzgebung sichern. Räumt man das Recht der Genehmigung der Regierung ein, so dürften dadurch neue Reibungsflächen entstehen. Daß das Recht der Genehmigung in die Hände der Gesetzgebung zu legen ist, dazu nötigen auch die Auswüchse, die das Privatschulwesen zeitigte.

Gegen das Verlangen der Sozialdemokratie wird eingewendet, daß damit die Schulfreiheit beeinträchtigt werden würde. Allein den § 137 des Schulgesetzes aufzuheben und die anderen Bestimmungen über die nichtstaatlichen Lehr- und Erziehungsanstalten unverändert bestehen zu lassen, will die Mehrheit des Landtages nicht. Das Zentrum dagegen wünscht nur die Aufhebung des § 137, ohne an den anderen Bestimmungen etwas zu ändern. Der Zweck dieses Verlangens ist klar. Das Zentrum wünscht den religiösen Korporationen und Stiftungen das Recht auf Errichtung von Schulen zu sichern. Bis jetzt haben die Vertreter des Zentrums stets erklärt: „Es würde bei Aufhebung des § 137 in den bestehenden Verhältnissen wenig geändert“. Demgegenüber darf darauf verwiesen werden, daß am 19. Mai 1918 (Pfingstsonntag) eine päpstliche Bulle bekanntgegeben worden ist, in der der Papst der gesamten katholischen Christenheit das Ercheinen der auf seinen Befehl verfaßten neuen Zusammenstellung des katholischen Kirchenrechts ankündigt. Die Bestimmungen dieses Kirchenrechts über die Schulen müssen der Regierung und den Parteien die Augen öffnen und zeigen, wohin der Weg gehen soll. Das Ziel, das man sich gesetzt hat, ist, der Kirche die Herrschaft über die Schule zu sichern und dafür kämpft das Zentrum.

Aus den veröffentlichten Bestimmungen der päpstlichen Bulle sind folgende von Interesse:

Kan. 1372 § 1. Alle Gläubigen sind von Kindheit an so zu unterrichten, daß ihnen nicht nur nichts gelehrt wird, was der katholischen Religion und Sittenlehre widerspricht, sondern daß Religion und Sittenlehre die Hauptsache im Unterrichte bilden.

Kan. 1374. Katholische Kinder, sollen nichtkatholische, konfessionelle, gemischte Schulen, welche auch Nichtkatholiken offen stehen, nicht besuchen. Nur der Diözesanbischof darf bestimmen, gemäß den Weisungen des katholischen Stuhles, unter welchen tatsächlichen Verhältnissen und unter Anwendung welcher Vorkehrungsmaßregeln der Besuch dieser Schulen gestattet ist, damit die Gefahr der Abtrünnigkeit vermieden wird.

Kan. 1375. Die Kirche hat das Recht, Schulen jeder Art zu gründen, nicht nur Volksschulen, sondern auch Mittel- und höhere Schulen.

Kan. 1379 § 1. Wenn katholischen Schulen nach Kan. 1373 Elementarschulen oder Mittelschulen fehlen, so müssen besonders die Diözesanbischöfe dafür sorgen, daß solche gegründet werden.

§ 2. Die Gläubigen sollen nicht unterlassen, nach Kräften beizuhelfen bei Gründung katholischer Schulen.

Angefaßt dieser Schulziele der katholischen Kirche, die ja im Grunde genommen nichts Neues enthalten, ist doppelt Vorsicht am Platze. Wir haben in Baden die allen Bekenntnissen gemeinsame Schule, welche die katholische Kirche aufs Neue verwirft. Tritt heute ein streitbarer Bischof an die Spitze der Diözese, und erachtet er die Zeit zum Kampfe für günstig, so kann die Errichtung konfessioneller Schulen mit Unterstützung der Gläubigen beginnen und wir stehen mitten in der Gefahr der Verkürzung des Schulwesens. Diese Gefahr darf nicht unterschätzt werden. Man vergegenwärtige sich die Vorgänge in Belgien, man denke an die Denkschrift der oberhessischen Kirchenprovinz vom 18. Juni 1853, man blende nach Preußen. Der Geist von 1853, der eine unmittelbare Ueberwachung des gesamten Unterrichts an den Volksschulen verlangte, ist nicht tot, wie die oben wiedergegebenen Bestimmungen aus dem Kirchengesetz beweisen. Und in Preußen? Der Außer des Zentrums im Schulstreite, der Abg. Oberlandesgerichtsrat Marx in Düsseldorf, wies hin auf die „so überaus zahlreichen und erfolgreichen privaten höheren Mädchenschulen, die in ihrer weitaus größten Zahl von Ordensgemeinschaften in opferfreudiger Weise geleitet und unterhalten werden.“ Der Anfang ist in Baden mit diesen Ordensschulen schon gemacht.

Baden-Baden hat keine „Weibliche Lehr- und Erziehungsanstalt zum Heiligen Grab; Freiburg keine „Kath. Lehr- und Erziehungsanstalt“; Konstanz kein „Lehr- und Erziehungsanstalt Joffingen“; Mannheim kein „Luise-Stefanienhaus“; Offenburg kein „Lehr- und Erziehungsanstalt für unsere Lieben Frauen“; Willingen kein „Weibliches Lehr- und Erziehungsanstalt St. Ursula“. Zusammen werden darin jetzt schon gegen 2300 Schülerinnen unterrichtet. Das alles steht unter dem jetzigen Gesetz. Wie erst, wenn alle Schranken weggerissen sind? Als Sozialdemokraten fürchten wir die Initiative nicht, aber wir fürchten die Hemmung einer gesunden Entwicklung unseres Schulwesens. **Dorum Vorfrage!**

Aus der Partei.

Der Kampf um das „Vollständige Volksblatt“. Der Antrag, der um den Besitz des „Vollständigen Volksblattes“ geführt wird, ist am Freitag zugunsten der alten Sozialdemokratie entschieden worden. In der Bestimmungslage über das Besitzrecht, die von den Unabhängigen gegen unsere Parteigenossen Herzog angebracht worden ist, hat das Landgericht den Unabhängigen darin recht gegeben, daß Herzog zur Rückführung der Anteile keine beiden Mitglieberschaften Förmig und Kleinwand hätte laden müssen. Andererseits hat aber das Gericht zugunsten Herzogs erkannt, daß der Uebertritt eines Teils der Mitglieberschaft zur Unabhängigen Partei eine Handlung war, die für den Sozialdemokratischen Verein nicht rechtsgültig sein konnte, denn solche Beschlüsse müßten einstimmig gefaßt werden. Die Kosten sind zu zwei Dritteln dem Beklagten, zu drei Fünfteln den Klägern auferlegt worden. Aus diesem Urteil ergibt sich, daß die alte Partei die Eigentümerin des Volksblatts ist, und daß sich Herzog nur in einem nebensächlichen, rein formalen Punkt geirrt hat.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer. — 58. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 12. Juni.

Die Beratung über den Abschnitt 10 der Regierungsvorherschrift betreffend den

Verkehr mit Lebens- und Futtermitteln

wurde fortgesetzt. — Namens des Ausschusses für Ernährungsfragen berichtete Abg. Weishaupt (Zentr.) über die zu diesen Fragen vorliegenden Anträge der Abg. Kopf (Zentr.) und Gen. betr. die Sicherung der Schweinegucht, der Abg. Graf (Zentr.) und Gen. betr. die Erhaltung von Ziegen für die Landwirtschaft und der Abg. Banjohach (N. Vgg.) und Gen. betr. die Fürsorge für die nötigen Arbeitskräfte auf dem Lande. Schließlich lag dazu noch eine Petition der Landwirte aus dem Oberland vor

betr. Maßnahmen gegen die Bucherpreise für Milchschweine. Zu dieser Petition war der Ernährungsausschuß der Ansicht, daß man von Höchstpreisen absehen, dagegen den Handel einigermaßen beschränken möge. Die Bitte soll der Regierung zur Kenntnisnahme überwiegen werden.

Im folgenden berichtete Abg. Dr. Bernauer (Zentr.) namens des Justizausschusses über die Anträge der Abg. Willeman (Zentr.) und Hertle (N. Vgg.) und Gen. über die Geschäftsführung der Kommunalverbände und über den Antrag der Abg. Müller (N. V.) und Gen. betr. die Zusammenfassung und Geschäftsführung der Kommunalverbände. Bei der Besprechung der Anträge im Ausschuß wurde bemerkt, daß den Kommunalverbänden immerhin Helfer unterlaufen seien, und daß vielfach großes Mißtrauen gegen sie bestünde.

Es folgt die Begründung der Anträge.

Abg. Strobel (Soz.)

begründet den Antrag seiner Fraktion, der eine Herabsetzung der Preise für Lebensmittel wünscht und ferner, daß Mittel aus der Staatskasse zur Verfügung gestellt werden, um an den minderbemittelten Teil der Bevölkerung die Lebensmittel zu ermäßigtem Preis abgeben zu können. Des Weiteren wird in dem Antrag die Forderung gestellt, daß die Kriegsgesellschaften und Verteilungsorganisationen eine Bilanz aufzustellen und den Landständen zu unterbreiten haben, daß für alle rationierten Lebensmittel obligatorisch die Abgabe an Armenlisten anzuordnen ist, daß Ein- und Verkaufsgesellschaften auf deren Antrag Bezugscheine zur direkten Befreiung von Zuder aufgestellt, und daß ärztliche Zeugnisse für Kranke zur Erlangung besonderer Lebensmittel ohne Bezahlung ausgestellt werden. Der Redner verwies in seinen Ausführungen auf die von vielen Untertanen erzielten hohen Gewinne, die eine Preisherabsetzung wohl zuließe. Die Fraktionspräsidentin und der Fraktionsführer im Jahre 1917, deren Kosten vom Reich getragen wurden, haben den Weg gezeigt, den unser Antrag weiter gehen will, indem er wünscht, daß den Minderbemittelten Lebensmittel zu ermäßigtem Preise abgegeben werden. Leider hat der Ausschuß den Inhalt unseres Antrages über die Spendenlisten abgelehnt. Die Verpflichtung der Aufstellung von Zuderbezugscheinen an Ein- und Verkaufsgesellschaften ist in anderen Bundesstaaten schon eingeführt, sie bringt eine Verbilligung des Zuders und sollte auch in Baden in Kraft gesetzt werden.

Abg. Massa (N. V.) begründet den Antrag seiner Fraktion über die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel. In dem Antrag wird die Regierung ersucht, beim Bundesrat dafür zu wirken, daß gegen die Verteuerung vornehmlich der Kleinstverdiener, Schullehrer u. d. durch entsprechende Preisbegrenzung in den Fabriken energische Schritte unternommen werden.

Abg. Weiskopf (Zentr.) begründet seinen Antrag über die Zerpflanzung, in dem gewünscht wird, daß den Landwirten von den geeigneten Personen ein größeres Quantum entsprechend der Anzahl ihrer Familienangehörigen und der Größe der angebauten Fläche überlassen werde.

Abg. Massa (N. V.) begründet den Antrag über die Obstpreise und die Obstverwertung. Diese war im vergangenen Jahre mangelhaft. Die geringe Obstmenge macht in diesem Jahr ein strengere Zentralisation notwendig. In der Obstverwertung dürfen sich die Besitzer des letzten Jahres nicht wiederholen. Ein unwürdiger Zustand ist es auch, das Risiko an der Aufbereitung einzig dem Empfänger zu überlassen. Pflicht des Aufkäufers ist es, das Obst rasch in die Städte zu leiten, dadurch daß das nicht geschieht, ist viel Obst verdorben. Die kleine Obstmenge 1918 muß im Lande bleiben, Obst darf erst ausgeführt werden, wenn alle Städte genügend versorgt sind.

Abg. Schöffle (N. Vgg.) begründet seinen Antrag über die Gewährung von Zuder zur Selbstbereitung von Marmelade für die Landbevölkerung. Der Marmeladepreis ist im Hinblick auf den Obstpreis ein zu hoher. Die Hausfrauen sind im Stand Marmelade billiger und besser herzustellen.

Abg. Banjohach (N. Vgg.) begründet seinen Antrag über die Ermächtigung der Selbstverleger zur Herstellung von Weismehl. Abg. Albieß (Zentr.) begründet den Antrag seiner Fraktion dahingehend, daß die Mahlvorrichtungen für die Selbstverleger müssen in der Richtung erleichtert werden, daß der Ankauf von Getreide gegen Wehl zwischen den Selbstverlegern und den Mühlen unter Beachtung der Mahlvorrichtungen stattfinden, sowie

Tarax Bulba.

Von Nikolaus Gogol.

(Fortsetzung.)

„Ne, word, es escht auf dieser Welt, es kann nicht sein und ich bulde es nimmer.“ sprach Andrij, „daß die schönste und edelste der Frauen ein so bitteres Los ertragen sollte, sie, die dazu geboren ist, die Besen und Edelstein unserer Zeit vor sich wie vor einem Heiligentum zu sehen! Wein, du sollst nicht sterben! Du sollst nicht sterben; ich schwöre es bei meiner Geburt und bei allem, was mir teuer ist auf dieser Welt — du wirst nicht sterben! Sollte es aber trotz allem so kommen, sollte dies bittere Schicksal weder durch Kraft, noch Gebet, noch Mut abgewendet werden können, so werden wir zusammen sterben und ich zuerst vor dir und zu deinen herrlichen Füßen; erst wenn ich tot bin, wird man mich von dir trennen können.“

„Tausche nicht dich und mich, Ritter.“ sagte sie leise, ihr schönes Haupt schüttelnd, „ich weiß es, ich weiß es zu meinem bitteren Leid nur zu wohl, daß du mich nicht lieben darfst und ich ferne deinen Beruf und deine Pflicht: Dich ruft der Vater, die Kameraden, das Vaterland; wir aber sind — deine Feinde!“

„Was sind mir Vater, Vaterland und Kameraden.“ rief Andrij, ungeschäm sein Haupt schüttelnd und sich machtvoll emporeckend, „daß seine Gestalt der Balsampappel am Ufer gleich. Wenn es denn sein muß, nun wohl, so habe ich niemand, niemand, niemand.“ wiederholte er mit einer Stimme und Handbewegung, mit der wohl ein waderer Kosakenheld seinen unerschütterlichen Entschluß zu einer unerhörten Tat zum Ausdruck bringt, der kein anderer gewachsen ist. „Wer sagt, daß die Ukraine mein Vaterland ist? Wer hat sie mir zum Vaterland gegeben? Das Vaterland ist da, wo es unsere Seele lüchelt, ist das, was ihr das liebste ist. Mein Vaterland — das bist du! Du bist mein Vaterland! Und dieses Vaterland will ich in meinem Herzen tragen! So lange ich lebe, werde ich es dort tragen: und ich möchte sehen, welcher Kosak es wagen will, dich aus meinem Herzen zu reißen. Ja, alles was ich besitze, will ich weggeben, verkaufen, verkaufen und zugrunde richten für dies mein Vaterland!“

Einen Augenblick sah es als ob sie zu einer herrlichen Prädikate erkarrt sei. Dann sah sie ihn fest in die Augen,

schlang laut auf und schlang ihm mit jener wunderlamen hingebenden Leidenschaft, deren nur eine großmütige und zu starken Gefühlsausbrüchen neigende Frau fähig ist, die nichts von Berechnung weiß, ihre herrlichen, schneeweißen Arme um den Hals. In diesem Augenblicke hörte man von der Straße ein wirres Geheul: hereindringen, das von Kolanensiden und Kaufmännigen begleitet wurde. Aber Andrij hörte nichts davon: er fühlte nur die wohlige Wärme ihres süßen Atems, ihre wunderbaren Lippen, fühlte nur, wie ihre Tränen in Strömen über sein Antlitz flossen und wie ihr reich herabwallendes, duftendes Haar ihn wie in dunkel glänzende Seide einfüllte.

Wählich kam die Katalin mit einem Freudenstrei hinein gestürzt. „Wir sind gerettet, gerettet.“ rief sie ganz außer Atem, „die Unieren sind in die Stadt gedrungen und haben Brot, Weizen, Mehl und gefangene Saporozer mitgebracht.“ Aber niemand wollte hören, was für „Unierige“ in die Stadt gedrungen, was sie mitgebracht hätten und welche Saporozer gefangen worden seien. Von überirdischen Gefühlen erfüllt, fühlte Andrij die süß duftenden Lippen, die sich an seine Wangen geschmiegt hatten, und diese Lippen ließen ihn nicht ohne Antwort. Sie erwiderten seine Liebesworten und in diesem gegenseitigen, ineinanderdringenden Ruf empfanden beide, was der Mensch nur einmal im Leben zu empfinden vermag.

Der Kosak war verloren! Für immer verloren für das ritterliche Kosakentum! Niemals mehr würde er die Stetich, niemals die väterlichen Fluren und nie mehr sein Gotteshaus wiedersehen! Und nie mehr sollte die Ukraine ihn wiederfinden, ihn, der einer ihrer tapfersten Söhne war und sie mit seinem Leben zu verteidigen gelobt hatte! Rauf die die grauen Haare aus seinem Schopf, aber Tarax und verfluchte Tag und Stunde, da du zu deiner Schmach dir einen solchen Sohn erzeugtest!

Siebentes Kapitel.

Im Lager der Saporozer herrschte Röm und Bewegung. Anfangs vermochte niemand genaue Auskunft zu geben, wie es geschehen konnte, daß die Truppen in die Stadt eindrangen. Doch bald wurde festgestellt, daß die ganze Perejaslawische Abteilung, die ihr Lager vor einem Seitentor der Stadt aufgeschlagen hatte, am Abend vorher total betrunken gewesen war. So war es wieder nicht wunderbar, daß die Hälfte von ihnen

erschlagen und der Rest, noch ehe man recht wußte, was passiert war, gefangen wurde. Bevor noch die benachbarten Abteilungen, vom Arme aufgedrückt, zu den Waffen greifen konnten, zogen die Truppen schon durch das Stadttor ein; ihre letzten Reihen verteidigten sich gegen den nachströmenden Feind, indem sie einige Schiffe auf die schlaftrunkenen und noch nicht ganz nüchternen Saporozer abgaben, die sie ohne jede Ordnung zu verlierten luden.

Der Hetman ließ alle Kosaken ohne Ausnahme zusammenkommen, und als sie alle schweigend und mit dem Mühen in den Händen im Kreise herumsaßen, sagte er: „Ihr leßt, liebe Herren und Brüder was sich diese Nacht ereignet hat. Darin also hat uns der Trunk geblödet! Eine solche Schmach hat uns der Feind angetan! Das scheint bei euch wohl Brauch zu sein; wenn man eure Nationen verdoppelt, so seid ihr gleich bereit, euch derart vollzutrinken, daß der Feind aller christlichen Söldner euch nicht nur die Hosen abziehen sondern euch noch gar ins Gesicht speien kann, ohne daß ihr etwas davon merkt!“

Die Kosaken ständen alle mit geknickten Köpfen und trübem Bewußt da. Nur der Hauptmann Kabanenko von der Reitermilitär-Abteilung erwiderte:

„Solt mal, Bärenchen! es ist zwar nicht vorchristlich, daß man Eintrunk gegen das erbebt, was der Hetman im Angesicht des ganzen Heeres sagt, aber die Sache war doch nicht ganz so und darum will ich reden. Nicht ganz mit Recht hast du dem gesamten christlichen Heer einen Vorwurf gemacht. Freilich wären die Kosaken des Lobes schuldig gewesen, die sich im Feldzug, im Kampf oder während eines schweren Unternehmens vollgetrunken hätten. Wir aber führten ein unatürliches Angerissen vor der Stadt, aus dem uns keine Feinde auftrüffelte. Es herrschten ja weder Jasten, noch sonst eine Zeit, während der die christliche Kirche eine strenge Entschlossenheit vorkreuzt: wie sollte es da ausfallen, daß sich der Mensch, wenn er doch gar nichts zu tun hat, aus Langeweile einmal ordentlich betrinkt? Das ist doch keine Sünde. Aber wir wollen ihnen schon zeigen, was es heißt, über wehrlose Menschen herzufallen. Wir haben ihnen schon früher tüchtig gegeben, jetzt aber wollen wir es ihnen so heimzahlen, daß ihre Trübe nie mehr nach Hause tragen können!“

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaftsweine. Zu der Ansicht, daß Handel einiger Regierung zur (Zentr.) namens B. Willemann über die Geschäfts-Antrag der Abg. Befragung und Besprechung der Kommanabere und daß vielfach äge. Derabsetzung und ferner, daß erfahrung gesehll. Beschränkung die zu können. Des gestellt, daß die en eine Bilanz n haben, daß für Abgabe auf Am- gesehll. auf trung von Zuder zur Erlangung eht werden. Der e von vielen Un- eine Preisberab- der Fleischzufah n wurden, haben n will, indem er l zu ermöglichen schuf den Absatz wäch. Die Ber- scheinen an n Bundesstaaten des Zuders und seiner Fraktion Bedürfnisse. In bedacht darin zu der Steuerungs- röße in den Fa- g über die Ver- wirtchen von dem entpacher der der ausgebanen über die Abf- erangenen In- ehen Nach, ein erfahrung dürfen. Ein unumg- euerung einzig lters ist es, das nicht geschlo, uch in Darle alle Städte ge- Antrag über die Marmelade für den in Stand Mar- Antrag über die von Weihen. seiner Fraktion Selbstverfoger- Antragsch von den attfinden, fotelle

das Getreide für einen Zeitraum von drei Monaten Verbrauch demahlen werden darf.

Abg. Fischer (N. Vgg.) begründet seinen Antrag, es möchten nicht Erzeuger, Händler- und Verbraucherpreise festgesetzt werden, sondern nur Verbraucherspreise, um somit dem Erzeuger Gelegenheit zu geben, auf Anweisung selbst an den Verbraucher zu verkaufen. Der Redner bedauert, daß dieser Antrag im Ernährungsausschuß abgelehnt worden sei. Die wahren Gewinner sind nicht der Landwirt, sondern der Handel ein.

Abg. Kohn (Soz.) begründete den sozialdemokratischen Antrag betr. die Kohlenversorgung. In dem Antrag wird gefordert, daß die Kohlenproduktion in staatliche Bewirtschaftung genommen wird. Die Preisstreiber auf dem Kohlenmarkt ist unerhört. Waren mehrere Salinen und Eisenbahnen in privatkapitalistischen Händen, so hätten wir ganz andere Preise. Hier habe man die Vorteile der öffentlichen Bewirtschaftung, die auch für die Kohlenversorgung in Frage kämen, wenn die Kohlenbergwerke verstaatlicht würden. In Berlin hat man aber nicht den Mut, ein kräftiges Wort den Grundbesitzern gegenüber zu sprechen und die Wünsche der Allgemeinheit zu vertreten.

Abg. Müller-Eppinger (N. Vgg.) begründet seinen Antrag der nicht mit Elektrizität versorgten Landwirtschaft und den Gewerbetreibenden auf dem Lande mehr Petroleum als bisher zuzumessen.

Abg. Hartmann (Zentr.) begründet den Antrag über die Bekämpfung des Tauwühlens. Wenn auch auf diesem Gebiet manches besser geworden sei, so dürfte in der Bekämpfung des Tauwühlens nicht nachgegeben werden. Der zweite Teil des Antrags betrifft die Lebensmittelbedürfnispreise.

Der Antrag der Abg. Spang (Zentr.) und Gen. über die Verteilung von Einmachgütern war im Ausschuß abgelehnt worden. Die Antragsteller beantragen, dem Antrag zuzustimmen, der von dem Abg. Spang begründet wurde.

Abg. Weishaupt (Zentr.) begründet seinen Antrag, daß Gewerbeaufsicht und Intraufnahmen unter Aufsicht geschaltet und vereinfacht werden darf.

Abg. Krauth (Natl.) begründete den Antrag über die Förderung für die Kleinindustrie und wies dabei darauf hin, wie wichtig der Verdienst der Kleinindustrie, bei den rationierten Lebensmitteln bemessen sei. Die Regierung möchte ich bitten, dafür einzutreten, daß ein Vertreter der Kleinindustrie in den Beirat des Reichsausschusses für Ubergangswirtschaft kommt und bei der Beratung der Handelsverträge beigegeben wird.

Abg. Waffa (Z. V.) begründete den von Abgeordneten verschiedener Parteien eingebrachten Antrag, den Staatshaltungen, welche sich ihren Vorkaufspris selbst herstellen wollen und demgemäß auf Marmelade verzichten, anstelle dieser den entsprechenden Zucker zuzuteilen.

Auch der von dem Abg. Waffa (Z. V.), Schön (Natl.), Spang (Zentr.) und Hertle (N. Vgg.) eingebrachte Antrag über den Verkehr mit Jagdgeräten wurde vom Abg. Waffa begründet. In ihm wird die Regierung ersucht, sie möge den freien Verkauf von Jagdgeräten und Jagdmunition verbieten und die Abgabe nur gestatten an Jagdberechtigte gegen Vorlage des Jagdpasses oder an Personen, welche vom Bezirksamts Schieß- erlaubnis haben. Das zunehmende Wildern und die dadurch herbeigeführte Verminderung des Wildes haben Anlaß zu der Einbringung des Antrags gegeben. Von landwirtschaftlicher Seite wurden gegen den Antrag allerdings Bedenken geäußert.

Abg. Spang (Zentr.) begründete den Antrag der Abg. Kopf und Gen. betr. die Sicherung der Schweinezucht. In dem Antrag wird gewünscht, daß sofort Maßnahmen zur Erhaltung und Durchführung der nötigen Zucht- und Mutterzucht ergriffen werde.

Abg. Graf (Zentr.) begründete den Antrag seiner Fraktion über die Erhaltung von Zupich für die Landwirtschaft. Der Redner wies darauf hin, daß durch die Verpflichtung, gleichmäßig Schlachtvieh absetzen zu müssen, eine große Gefahr bestehe, daß das nötige Zupich der Landwirtschaft entzogen werde. — Nachdem noch Abg. Banischbach (N. Vgg.) seinen Antrag über die Zulassung der nötigen Arbeitskräfte für die Landwirtschaft begründet hatte, wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vor- mittag 9 Uhr vertagt. — Morgen findet auch eine Nachmittags- sigung statt.

Der Nachtragsrat im Haushaltsausschuß der Zweiten Kammer. Der Nachtragsrat, Hauptabteilung III, Ministerium des Kultus und Unterrichts, wurde in der vorgestrigen Sitzung durchberaten und angenommen. Insbesondere wurde die Gewährung von Kriegszulagen an die Geistlichen aller Bekenntnisse im Betrage von 791 900 Mark bewilligt. — Durch eine größere Stiftung ist es der Universität Heidelberg ermöglicht, ohne Staatshilfe eine ordentliche und eine außerordentliche Professur und zwar für v. Wirtschaftliche und rechtsverglei- chende Studien zu errichten. — Wie bekannt, haben Vertreter der holländischen Industrie und des Handels der Regierung einen großen Geldbetrag zur Verfügung gestellt zur Errichtung einer orthopädischen Anstalt in Heidelberg unter Anglie- derung an die dortigen Kliniken. In dieser Anstalt sollen in der Hauptsache die durch Betriebsunfälle beimgefallenen Indu- striearbeiter Aufnahme und Seilung finden, um ihrem Beruf wieder zugeführt werden zu können. Die Unterbringung von kranken Mitgliedern sei in Aussicht genommen. Die Mitglieder des Haushaltsausschusses haben ihren Gefühlen für diese hochherzige Zuwendung Ausdruck.

Das Stiftungsgesetz. In der gestrigen Sitzung des Ver- fassungsausschusses der Zweiten Kammer wurde das Stif- tungsgesetz im allgemeinen nach den Vorschlägen der Regie- rung mit allen gegen die Stimme der Sozialdemokratie ange- nommen. Der Vertreter der Sozialdemokratie erklärte aus- drücklich, daß seine Fraktion sich die endgültige Stellungnahme vorbehalten. Ueber die Abhör der Stiftungsrechnungen und die Verwendung der Stiftungsgelder nahm der Ausschuß eine Entschlieung an, die bei der Beratung des Geleitensurfs über die kirchlichen Stiftungen der Kammer zur Beschlußfassung beigelegt wird.

Deutsches Reich.

Die „Kreuzzeitung“ für die Nennung Belgiens. Die „Kreuzzeitung“ hat jetzt ihren Stellung für eine „poli- tische Friedensoffensive“ abgeschlossen. Ihr Mitarbeiter, der zuerst dargelegt hat, daß gerade jetzt bei den großen Erfolgen des deutschen Schwertes auch die politische Vernunft mitwir- ken muß, daß das Volk wissen will, wohin der Weg geht und

daß das deutsche Kampziel lediglich eine Verständigung nach den notwendigen Grundlagen der uns zukunfenden unge- störten Zukunftseignung sein dürfe, ohne mit der jeweiligen Kriegslage des Augenblicks zu wechseln, kommt auf die Auf- nahme dieses Vorworts in der Deffentlichkeit zurück und unter- streicht noch einmal den Gedanken, daß es besser sei, sich jetzt über ein klares Friedensprogramm auseinanderzusetzen als erst während der Friedensverhandlungen. „Es handelt sich in diesem Krieg nicht um leicht fahbare Gebiets- streitigkeiten“, hebt er mit vollem Recht hervor. Deutsch- land könne sich auch unter Angliederung erobeter Gebiete nicht gegen die Welt abziehen. Es müßte sich die Möglichkeit offenhalten, neue und vorteilhafte politische Bündnisse nach dem Kriege einzugehen, indem es keine Ziele in untergeordneten Einzelfragen nicht überbäume. Die wirklichen Hauptfragen seien die Freiheit der Meere, die Regelung der Weltwirtschaft und die Kolonialfrage. Im Gebiet des Welthandels verlangt die „Kreuzzeitung“ vor allem Sicherstellung der Rohstofflie- ferungen nach den Regeln der Weltbegünstigung unter Mit- wirkung internationaler Kontrollkommissionen. Die Kolonien will sie neu verteilen und für Deutschland ein abgerundetes Kolonialreich in Anspruch nehmen. Hauptanrede aber ist die Freiheit der Meere, die Sicherheit dagegen, daß England sich nicht etwa in einem späteren Krieg über einen internationalen Vertrag hinwegsetzt, der das Seebeute- und Hoheitsrecht ab- schafft. Dazu sei Abrüstung der Kriegsflootten und Schließung der Seebefestigungen. „Die flandrische Küste ist wertlos für uns, wenn die Freiheit der Meere tatsächlich sicher- gestellt ist. Der Heringsfang Belgiens steht nichts mehr im Wege, wenn England bereit ist, diese Sicherstellung zu leisten.“ Auch diese Sätze wird man sich merken müssen. Sie scheinen uns ziemlich weit von Tirpitz und den Vaterlandspartheien ab- zurücken.

Fügen wir hinzu, daß die Abrüstung zur See natürlich von der Abrüstung zur Lande begleitet sein muß, so ist in den Aus- scheidungen der „Kreuzzeitung“ eigentlich nichts mehr, was grundsätzlich gegen die Resolution vom 19. Juli verstoßt. Ihr entscheidender Gedanke war ja offenbar der, Belgien gegen eine Sicherstellung der deutschen Weltwirtschaftsrechte herauszuge- ben. Wenn sich jetzt die „Kreuzzeitung“ zum gleichen Stand- punkt bekehrt hat, so ist das der vollendete Triumph dieser Friedensresolution.

Die Reaktion des konservativen Hauptorgans macht gegen die Artikel ihres Mitarbeiters, welche die Friedensoffensive be- treffen, einige Vorbehalte; aber diese sind so untergeordneter Art, daß sie nicht in Betracht kommen. Das Wesentliche an dem von der „Kreuzzeitung“ neu eröffneten Diskursus ist, daß nunmehr ungehörig Einstimmigkeit in Deutschland darüber herrscht, daß wir Belgien herauszugeben bereit sind, wenn Deutschlands wirtschaftliche Zukunft gesichert wird.

Ausnahmerecht gegen unabhängige Sozialdemokraten.

M. B. München, 12. Juni. (Nicht amtlich.) In der Abgeordnetenversammlung erklärte der Kriegsminister von Seling- rath in Verantwortung einer Interpellation des unabhängigen Sozialdemokraten Simon betr. die Ausweisung politisch mißliebiger Personen aus Bayern und deren Verbringung in Zwangsaufenthalt in Bayern u. a.: Angesichts der den vater- ländischen Interessen zuwiderlaufenden Bestrebungen der un- abhängigen sozialdemokratischen Partei erachte ich es für gebo- ren, einer Stärkung dieser Partei während des Krieges mit den durch das Gesetz mir zur Verfügung gestellten Mitteln entgegenzuarbeiten. Als wirksames Mittel, dem weiteren Unschließen des verderblichen Einflusses der unabhängigen sozialdemokratischen Partei vorzubeugen, ermieß ich mich, jene Parteigliedern, die sich durch agitatorische Untriebe beson- ders hervortun, aus ihren besonderen Wirkungskreisen zu ent- fernern. Die in der Interpellation beanstandeten Maßnahmen des stellvertretenden Generalkommandos sind rechtlich unan- fechtbar. Es ist natürlich und unermehlich, daß Ausweisungen und Zwangsaufenthalt für die Betroffenen eine Härte bedeuten und mit materiellen Schädigungen verbunden sein können. Wenn wir aber solche Maßnahmen anwenden, so han- deln wir nur in berechtigter Notwehr unserer Pflicht gemäß. Wir schätzen uns gegen die Maßnahmen von Seiten, die Vaterland und Kriegsführung mit allen Mitteln zu schaden beabsichtigen. Da geht es hart auf hart. Weichliche Rücksicht auf den Einzelnen wäre ein Verbrechen an der Allgemeinheit.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 12. Juni.

Im Bundesratstag: v. Stein. Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung um 1.20 Uhr. Die Beratung des

Seeresatz

wird fortgesetzt. Abg. Schulenburg (Natl.): Wir begrüßen die drei vorgelegten Gesetzentwürfe, besonders den auf Milderung des Militärstraf- gesetzbuches. Damit werden schwer empfundene Härten beseitigt. Die zurückkehrenden Kriegsgefangenen müssen auf den Bahn- höfen angemessen versorgt werden, auch wenn sie keine ordnungs- mäßigen Scheine haben. Für gefangene englische Offiziere sollten bei Eisenbahntransporten besondere Wagen eingestellt werden, statt ihnen die bequemen Plätze einzuräumen, während sich das Publikum zusammenbrängen muß. Der Aufklärungsunterricht muß von besonders ausgewählten Offizieren erteilt werden. Die Klagen über die Verpflegung würden vermindert werden, wenn die Kantinenturen der einzelnen Divisionen unter Umständen ihre Vorräte untereinander austauschen würden. Daß den alten Mannschaften, die im vierten Jahre im Felde stehen, ein Äquiva- lent geboten wird, vielleicht in Form einer Zulage, ist uns sehr sympathisch. Ein dunkles Kapitel ist die Frage der Beförderung von Mannschaften, ebenso die Bekleidung der Eisernen Kreuze. Die alten Feldwebel und die Offiziersstellvertreter sollten mehr zu Feldwebelleuten befördert werden. Die Reserveoffiziers Klagen über Zurücksetzung gegenüber aktiven Offizieren.

Kriegsminister v. Stein: Der Abg. Wirth hat sich im Laufe seiner Rede auch ungünstig über die Berliner geäußert. Die Ber- liner mögen etwas „schonberzig“ sein. Das muß man ihnen aber lassen, daß sie zu sofortiger Hilfe bereit sind. Wenn Abg. Pfeß darüber klagte, daß ein Mann aus dem Schwarzwald nach Königs- berg verlegt wurde, so habe ich volles Verständnis dafür. Die Jechen der Provinzialkorps sind aber vorüber. Es ist auch ganz klar, wenn man sich jetzt näher kommt, womöglich die gemäch-

sprachigen Truppen auch zeitweilig mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Einmal landete ein Freiballon, und als Zuschauer wurden fremdsprachige Offiziere gemeldet. Es waren aber Sachfen. (Geisterzeit.) Auf die Demobilisationsabteilungen kann in ihrer Zusammenfassung nicht verzichtet werden, damit nicht eines Tages ein Verfall befürchtet werden muß. Die Preise, die Klagen an die Abgeordneten bringen, sind nicht als Dokumente anzusehen. Daß das Eisenerne Kreuz verächtlich beurteilt wird, trifft nicht zu. Bei dem traurigen Fall, als eine Anzahl Personen das Band ab- legte, erklärten sie gleich danach, daß sie auf das Eisenerne Kreuz, keineswegs verzichteten. Das Eisenerne Kreuz ist und bleibt ein hohes Ehrenzeichen. Keine Armee, auch keine demokratische Ar- mee, kann auf Ehrenzeichen verzichten. Die größten Heldentaten werden allerdings im Stillen ohne Anerkennung geleistet. Ich muß hier, wo immer nur von anderen Kategorien die Rede ist, die aktiven Offiziere lobend erwähnen, dabei soll die außerordentliche Pflichttreue der Reserveoffiziere nicht geschildert werden. Die aktiven Offiziere haben aber unser Heer herangebildet, auch die Reserveoffiziere. Die roten Kreuz-Schwester haben selbstlos ihre aufopfernde Tätigkeit ausgeübt. Wenn hier so schwerwie- gende Vorwürfe gegen sie erhoben werden, so muß ich annehmen, daß die Abgeordneten schwerwiegendes Material in Händen haben. Ich bitte darum, um rücksichtslos gegen etwaige Mißstände vor- gehen zu können. (Beifall.)

Abg. Gräfe (Kauf.): Wir haben volles Vertrauen zum Kriegs- minister, daß er den Klagen nachgeben und Abhilfe schaffen wird. Die Gesetzentwürfe begrüßen wir. Auf den strengen Arrest kann aber nicht ganz verzichtet werden. Die Lebensmittelkontrolle auf dem Lande wird durch die dazu kommandierten Soldaten, meist unter Führung verkränkter Landwirte, zu rücksichtslos durchge- führt. In Rumänien geht man viel zarter gegen die Bauern vor. Bei uns haut man wie die rote Garde. Verdiente aktive Unteroffiziere sollten nach 12jähriger Dienstzeit zu Feldwebel- leuten befördert werden. Für die aufopfernde Tätigkeit der Ärzte und Schwestern haben wir bewundernde Dankbarkeit. (Beifall.) Den Schwestern gebührt eine bessere Entschädigung. Bei der J.E.G. sind immer noch 79 A.-B.-Leute. Der letzte Mann muß an die Front, selbst Parlamentarier und Gewerkschaftssekre- täre, die aus politischen Gründen zurückgestellt wurden. Die Be- handlung unserer Kriegsgefangenen im Ausland schreit den Him- mel an. Da muß Durchgreifendes geschehen, keine Massenreprä- salien.

General v. Brissberg: Ein allgemeines Verbot, sich mit Reichstagsabgeordneten in Verbindung zu setzen, besteht nicht. Von den Bahnhofskommandanten ist nur einer General. Den Charakter hat er vor einigen Tagen erhalten. Die Herren be- kommen aber nur das Gehalt für die Stellen, der Rang ist ganz gleichgültig. Bei der Urlauberteilung hat uns die Urlaubssperre einen Strich durch die Rechnung gemacht. Wir müssen auf die Eisenbahnzustände Rücksicht nehmen. Der Urlaub soll nicht eine Vergünstigung sein, er ist eine Notwendigkeit. Wann der Jahrs- gang 1870 entlassen werden kann, kann noch nicht gesagt werden, aber nach und nach wird die Entlassung möglich sein. Die Fälle, daß Unteroffiziere zu Offizieren befördert werden, häufen sich. Feld und Heimat müssen zusammenarbeiten, dann gibt es einen guten Klang und draußen feste Keile. (Beifall.)

Generaloberarzt Dr. Schulzen: Die beim Etat des Innern vorgebrachten Zahlen über die Geschlechtskrankheiten im Heere waren um mehr als das Doppelte übertrieben. 15 auf 100 ist die Durchschnittszahl, in den letzten 5 Jahren 17 auf 1000. Gegen- über den Klagen über die Lazarett-Transporte ist festzustellen, daß wir die Lazarett im Westen frei machen mußten, um aus den Offensivkämpfen neue Verbundene aufnehmen zu können. Die Verpflegung ist im allgemeinen gut. Mißstände sind natürlich nicht ausgeschlossen. Da wird aber energisch eingegriffen. In dem Erlaß über die landturnpflichtigen Ärzte ist keine Degra- dation enthalten. Die bisherige Unterjochung wegen der gegen rote Kreuz-Schwester erhobenen Klagen hat auf dem Gebiet, von dem der Abg. Schöpflin gesprochen hat, noch in keinem Falle etwas Belastendes ergeben. Die vom Abg. Wirth geschilderten Zustände in Lazaretten sind, wenn sie zutreffen, tatsächlich un- erhört.

Abg. Dr. Werner-Hersfeld (D. Fr.): Mit allem Nachdruck muß das Los unserer Kriegsgefangenen gebessert werden. Unseren Kriegern muß die Sorge um ihre Zukunft erleichtert werden. Die Urlauberteilung an Landwirte und Kriegsgewerbetreibende ist möglichst zu beschleunigen, damit der Zweck des Urlaubs auch wirklich erreicht wird.

General v. Oyen: Sind Mißgriffe bei der Nachsorge auf dem Lande vorgekommen, so bitte ich, mir Mitteilung davon zu machen, damit eingeschritten werden kann. Die Provinz Bran- denburg hat so gut abgefertigt, daß irgend eine Gefahrequisiten nicht notwendig wurde.

Abg. Hüffel (L. Soz.): Daß die Behandlung der Soldaten besser geworden ist, haben wir nicht feststellen können. Das ganze System bringt es mit sich, daß die bezüglichen Verfügungen des Kriegsministers nicht beachtet werden. Man sollte den Feldgrauen ihre Bürgerrechte auch in der Uniform geben, aber das können Sie nicht und das wollen Sie nicht, weil es Ihr System vernichten würde. Urlaubsverweigerungen sind noch immer außerordentlich zahlreich. Die Verpflegung ist oft völlig unzureichend. Das Be- schwerderecht der Soldaten sollte geändert werden. Aus politischen Gründen werden heute Krüppel herangezogen und mit völlig un- zweckmäßigen Arbeiten beschäftigt. Das gleiche gilt für Feld- arbeiter. Der Aufklärungsunterricht im Felde wird immer im Sinne des Ausschusses für einen deutschen Frieden betrieben. Spießtum und Befehlsgehorsamlichkeiten werden sowohl im Heer wie auch gegenüber den aus Ausland zurückgekehrten Kriegsge- fangenen geübt. Zur Behebung aller Beschwerden ist nur eine Änderung des ganzen Systems des Militarismus imstande. Des- halb lehnen wir auch die vorgelegten Gesetzentwürfe ab.

Abg. Sosinski (Pole): Die Aushebung der Arbeiter geschieht verteilt. Der Mißbeliebige kommt auf die schwarze Liste und wird eingezogen. In der Industrie aber werden junge Theo- beamte fälschlich als Arbeiter reklamiert und zurückgestellt.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. — Schluß 7 Uhr.

Die Weinkreuzer. Der Ausschuß des Reichstags zur Be- ratung der Weinkreuzer begann die zweite Sitzung des Weinkreuzer Ausschusses. Es wurde ein Kompromißantrag beraten, die Weinkreuzer, deren Ermäßigung auf 10 Prozent beschlossen worden war, wiederum auf 20 Prozent festzusetzen, aber den Bundesrat zu ermächtigen und auf Verlangen des Reichstags zu verpflichten, nach Beendigung des Krieges diesen Satz für Wein bis zu 2 Mark das Liter auf 15 Prozent zu ermäßigen. Zur Ab- stimmung kam es nicht.

Das Arbeitsammergesetz. Im Reichstagsauschuss zur Beratung des Arbeitsammergesetzes gab Gen. Vizepräsident Dr. Steffant im Auftrage des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamt folgende Erklärung ab: Zu dem Beschlusse, den der Ausschuss durch Annahme des § 1 Absatz 1 des Antrages Bender und Gessner (Errichtung von Arbeitskammern auf räumlicher Grundlage ohne Fachkammern zur Vertretung der besonderen Interessen der Arbeitnehmer neben der Vertretung der gemeinsamen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer) gefasst hat, kann die Zustimmung der verbündeten Regierungen nicht in Aussicht gestellt werden. Für seine Person hat sich der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamt schon bereit erklärt, den Antrag Trimborn (Fachkammern für die hauptsächlichsten Industrie- und Berufsgruppen, Territorialkammern für die übrigen Gewerbegebiete) zu befürworten. Diese Erklärung löste bei der Mehrheit des Ausschusses Widerspruch aus. Nach einer ausführlichen Geschäftsordnungsberatung wurde beschlossen, die Verhandlungen bis auf weiteres abzubrechen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, Stellung zu der neuen Lage zu nehmen.

Im „Vorwärts“ wird dagegen protestiert, daß die Regierung die Zustimmung zu dem Beschlusse, die Arbeitskammern auf territorialer Grundlage zu errichten, nicht in Aussicht zu stellen erklärt hat. Das Blatt schreibt: Neben der zögernden Haltung der Regierung in der Wahlrechtsfrage auch der fehlende Wille, den Arbeitern in der Schaffung einer gesetzlichen Interessenvertretung entgegenzukommen. Eine schärfere Kritik kann es kaum geben.

*

Die preussische Wahlrechtsberatung.

Berlin, 12. Juni. Das preussische Abgeordnetenhaus feierte heute die Beratung des Gesetzentwurfes über die Wahl zum Abgeordnetenhaus bei § 24 (Abgrenzung der Wahlbezirke) fort und nahm dazu einen Kompromissantrag Heidebrand-Lohmann-Büchse an, wonach die Verhältniswahl in den gemischtsprachigen Gebieten der Ostmark eingeführt werden soll und eine Aenderung der Abgrenzung der Wahlbezirke nur bei einer Drei-Viertel-Mehrheit in beiden Häusern erfolgen kann. Alle übrigen dazu gestellten Anträge wurden abgelehnt, dazu ein fortschrittlicher Antrag, wonach die Verhältniswahl auch in Großstädten, in den Industriegebieten des Westens eingeführt werden soll, und ein Zentrumsantrag, nach dem schon auf 150 000 Einwohner statt auf 250 000 Einwohner je ein Abgeordneter gewählt werden soll.

Zu § 25 a wurde ein Antrag der Kompromissparteien angenommen, nach dem für die beiden ersten Wahlen nach dem Inkrafttreten des Gesetzes die Kriegsteilnehmer Zusatzstimmen erhalten sollen. Zu diesem Antrag entspann sich eine Erörterung über die gestrige Ablehnung des Antrages Sagemoeller. Von konservativer Seite wurde erklärt, die Ablehnung sei nicht aus mangelndem Wohlwollen für die Kriegsteilnehmer erfolgt, sondern weil da eine Verknüpfung der Kriegsteilnehmer mit Personen, die einen eigenen Hausstand haben, vorliege und der Antrag nur aus politischen Gründen gestellt war. Dieser Auffassung wurde von den Parteien der Linken entgegengetreten. Dabei wurde der Abg. Hirsch-Wellin (Soz.) zweimal zur Ordnung gerufen, weil er die Behauptung des Abg. Niesche (Kons.), die sozialdemokratischen Reden dienten nur dem Feinde, als Unverschämtheit bezeichnet hatte. Der Rest des Gesetzes wurde unbeeinträchtigt angenommen.

Baden.

Die Versorgung mit Kriegshilfsholz. Wie aus den Verhandlungen der Zweiten Kammer hervorgeht, hat das Ministerium des Innern eine Anordnung zur Versorgung mit billigem Holz, Kriegshilfsholz, getroffen. Als Kriegshilfsholz gilt solches Holz, welches als Bauholz zur Erstellung von Kleinwohnungsbauten für Minderbemittelte oder als Möbelholz für Wohnungsberechtigungen für Minderbemittelte zu mäßigem Preis abgegeben wird. Diejenigen Gemeinden, die selbst ausreichende Waldungen besitzen, regeln die Versorgung ihrer Angehörigen mit Kriegshilfsholz selbst, die anderen Gemeinden haben ihn freihändig zu erwerben.

Dem Landesgewerbeamt wird eine Versorgungsstelle für Kriegshilfsholz errichtet werden. Nur wird ein Beirat beigegeben, dem Vertreter der staatlichen Forstverwaltung, der übrigen Waldbesitzer, der Sägewerksindustrie, der Gemeinden, des Bauwesens, des Zimmer- und Schreinerwesens und der Arbeiterchaft angehören. Die Mitglieder dieses Beirats werden vom Ministerium des Innern ernannt. Das Landesgewerbeamt kann die Deckung des bei ihm angemeldeten Bedarfs an Kriegshilfsholz in der Weise bewirken, daß es entweder den Bezug von Schnittware bei den Sägewerksbetreibern vermittelt und für die Anweisung entsprechende Mengen Rundholz bei den Waldbesitzern vermittelt. Das Landesgewerbeamt wird den Bedarf an Rundholz in erster Linie aus den Staatswaldungen decken. Gelingt es dem Landesgewerbeamt nicht, aus den Staatswaldungen und durch freihändige Lieferung von den Waldbesitzern die nötige Menge Holz zu erhalten, so ist es berechtigt, die erforderlichen Mengen in Anspruch zu nehmen und zur Verarbeitung an die Sägewerke weiterzugeben.

Durlach, 18. Juni. Kürzlich hatten wir berichtet, daß man hier einen Meßscheithandel auf die Spur gekommen sei. Aus den Mitteilungen des Staatsministers von Bodman, welche dieser in der Zweiten Kammer auf eine Anfrage des Abg. Weber gab, wird nun näheres darüber bekannt. Danach sind zu einem hiesigen Wälder zwei Personen gekommen, die eine größere Menge Holz zum Preis von 10 000 M. angeboten haben. Sie sagten, das Holz lagere im Karlsruher Rheinhafen, könne aber nicht ausgeladen werden, da augenblicklich in der Nähe das Militär Verladungen vornehme. Die beiden Scheithändler wurden auf die Anzeige des Wälders hin verhaftet, ebenso zwei weitere Personen in Karlsruhe.

r. Sasfeld, 12. Juni. Beim Stammholzführer ist der hiesige Gemeindevater Philipp Witt tödlich verunglückt. Witt war bei der Firma Wärmeschiffbauwerk Karlsruhe (vormals Gaid und Neu) als Wärmeschiffbauwerk beschäftigt und in letzter Zeit als Aufsichtsperson beim Stammholzführer der genannten Firma tätig. Politisch gehörte er der nationalliberalen Partei an.

Wetzlar, 11. Juni. Der Bahnarbeiter Friedrich Johann Witzsch verunglückte auf dem Bahnhof beim Ausladen von Güterwaggons. Er erlitt einen Schädelbruch und ist daran gestorben.

Freiburg, 11. Juni. Die Zahl der Mischfälschungen hat sich hier im Mai demer wieder gehöhrt, daß 28 Personen wegen Mischfälschung oder Unterschlagung zur Kasse kamen.

Billingen, 13. Juni. Im Schwarzwald treibt augenblicklich ein Schwindler sein Unwesen. Er gibt an, Kriegsbeschädigter zu sein, befehlt die Angehörigen gefallener Soldaten, um Aufträge für photographische Vergrößerungen zu erhalten. Natürlich hat es der Betrüger nur auf die Anzahlung abgesehen.

Inselsheim, 13. Juni. Eine den mittleren Ständen angehörige ältere Frau aus Konstanz wurde hier als Leiche gefunden. Sie hatte sich aus Schwermut über den Selbsttod zweier Söhne und die Gefangenschaft eines dritten in den Rhein gestürzt und war ertrunken.

Singen a. O., 12. Juni. Das Eintreffen der Austauschgefangenen (Etsch-Lothinger) ist nicht zu rasch zu erwarten, wie zunächst angenommen werden konnte. Die Ankunft des ersten Zuges in Singen wird frühestens in drei bis vier Wochen zu erwarten sein. Wegen gesundheitlicher Vorkehrungen war jüngst der Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Bunn hier anwesend. Die Vorbereitungen für die Aufnahme der Austauschgefangenen sind in vollem Gange.

Mannheim, 11. Juni. Die vom Oberwaldklub auf dem Eichelberg bei Oberstodenbach erbaute Mannheimer Hütte wurde in der letzten Woche erbrochen und daraus fast das gesamte Inventar, bestehend aus wollenen Dedern, Rodgeschirren, Werkzeug usw., entwendet.

Mannheim, 13. Juni. Der Hafenarbeiter Josef Magin von Schifferstadt wurde beim Ueberfahren der Gleise im Mühlenthor von einer Rangiermaschine erfaßt und so schwer verletzt, daß er starb.

Seibersberg, 11. Juni. Gestern nachmittag brach in dem Laboratorium der Frau Dr. Bäcker Feuer aus. Beim Kochen von Fett entwickelten sich Gase, die sich entzündeten und die leicht entzündliche Masse in Brand setzten. Das Feuer brannte auch im 2. Stock Wohnungen aus. Der Mobilarschaden beträgt 7500 M., der Gebäudeschaden ungefähr 4000 M.

Vom Reichswaifenhaus in Lahr. Nach dem Jahresberichte für 1917 waren im Reichswaifenhaus in Lahr im Jahre 1917 67 Waisenknaben untergebracht. An Stiftungen wurden dem Reichswaifenhaus 20 371,35 M. zuteil. Bemerkenswert ist, daß ein lediger schwebischer Steinflößer, der als kranker Mann menschensüchtig und verschlossen wie ein Einsiedler lebte, dem Waisenhaus sein ganzes Vermögen im Betrage von 4371 M. vermachte. Einen jäherlichen Verlust erlitt der Verwaltungsrat durch den Tod des Stadtschreibers Rogenmayer in Mannheim. Die Einnahmen betrugen im Berichtsjahr 512 091,04 M., die Ausgaben 511 584,20 M. Das Vermögen bezifferte sich auf 2 160 326 M. und hatte sich gegen das Vorjahr um 156 282,05 M. vermehrt. Die Amerikansammlung für deutsche Kriegswaisen ist auf 122 769 M. angewachsen.

Der Postverkehr mit Rußland. Nach Rußland werden fortan gemöhnliche und eingeschriebene offene Briefe und Postkarten des allgemeinen Verkehrs und Gefangenenbriefpost befördert. Zugelassen sind folgende Sprachen: deutsch, russisch, ukrainisch, polnisch, finnisch, dänisch, englisch, französisch, holländisch, italienisch, norwegisch, schwedisch, spanisch und ungarisch.

* **Keine Fahrpreiserhöhung für Dienstboten.** Die feierzeit von dem Freiburger Hausfrauenbund verbreitete Mitteilung, daß den zur Heilarbeiten beurlaubten Dienstboten für Hin- und Rückfahrt der halbe Fahrpreis gewährt werde, ist irrig. Der dahingehende, bei der Generaldirektion der Staatsbahnen eingereichte Antrag ist abgelehnt worden.

Die Wohnungsfrage vor dem badischen Landtag.

Karlsruhe, 7. Juni.

III.
Auf die Forderungen der Eisenbahner um Unterstützung ihrer Baugesellschaften werden im Nachtragsetat 2 Millionen Mark angefordert werden; für Erstellung von Baugesellschaften in Schwaben sind 250 000 Mark bereitgestellt; im nächsten Etat soll hierfür die gleiche Summe (im ganzen also 1/2 Million) angefordert werden. Hiermit soll eine zu gründende Baugesellschaft Unterstützung finden.

12. **Steuererleichterungen.** Eigentümlicher Weise hält die Regierung die gewünschte mehrjährige Steuerbefreiung des Kleinwohnungsbaues von Baugesellschaften nach bayerischem Vorbild nicht für ein dringliches Erfordernis. Immerhin lände nichts im Wege, bei einer etwaigen späteren allgemeinen Revision des Vermögenssteuergesetzes die gegebene Anregung in Erwägung zu ziehen. Für wirksamer wird die Befreiung von den Gemeindeumlagen erklärt.

13. **Wertzuwachssteuer.** Hier wird auf einen neuen Entwurf des badischen Zuwachssteuergesetzes verwiesen, dessen Vorlage an die Landstände jedoch zunächst noch nicht beabsichtigt.

14. **Mieterrückzahlung.** Die Regierung stimmt den Forderungen auf Errichtung von Mietvereinigungen auch in kleineren und mittleren Gemeinden zu. In der Kommission wurde die gute und wirksame Tätigkeit der Mietvereinigungen allgemein anerkannt und gewünscht, daß diese Einrichtung auch im Frieden beibehalten werden soll. Zu den Vorschlägen der Eingaben zum Ausbau des Mieterschutzes in der Richtung, daß die Mietvereinigungen ein Genehmigungsrecht für Mietsteigerungen und -kündigungen erhalten, wurde nur von dem Abg. Wötter (Soz.) gesprochen. Er betonte die Wichtigkeit, daß die Entscheidung der Mietvereinigungen Rechtskraft erlange, und daß beide Parteien an diese Entscheidung gebunden sind. Er schloß die weiteren wörtlich aus: „Interessant ist die Feststellung in der Denkschrift, daß von einer Notlage der Hausbesitzer in allgemeinem Sinne eigentlich nicht gesprochen werden könne. Mit Recht verweist die Großregierung darauf, daß, wenn von einem Notstand einzelner Hausbesitzer gesprochen werden könne, diese Notlage gewiss auf andere Ursachen zurückzuführen sei, und zwar in erster Linie wohl darauf, daß der Hausbesitzer nebenbei auch noch Gewerbetreibender sei, und daß er durch einen Rückgang seines Gewerbetriebs in eine schwierige Lage versetzt wurde. — Was wir wünschen, das ist die Schaffung einer gesetzlichen Maßnahme, daß Mietsteigerungen über den Friedenspreis während des Krieges unter allen Umständen zu verbieten sind. Wir wissen, daß Hausbesitzer lediglich zu dem Zweck, um sich eine höhere Rente zu sichern, Mietsteigerungen vornehmen. Sie rechnen damit, daß die Mieter zu einer Mietsteigerung ja und Amen sagen müssen, da diese die Umzugskosten scheuen, die beinahe ja auch ganz bedeutend in die Höhe gegangen sind. Deswegen meine ich, sollte man dem Vorgehen einzelner Hausbesitzer, die Mietsteigerungen über den

Friedenspreis in Aussicht nehmen, und durchzusetzen versuchen, ganz energisch entgegenzutreten.“ Weiter betonte Gen. Wötter, daß sich die Regierung an zutreffender Stelle für einen verbesserten Mieterschutz verwenden solle.

Offenbar kann ein solcher Schutz nur von einem entsprechenden Erlass des k. k. Generalkommandos kommen. Zu einer Reihe von Bezirken gibt es bereits derartige militärische Anordnungen. Vor allem ist auf die vorbildliche Regelung im Bezirk des II. A. K. (Stettin) hinzuweisen, wo Mietssteigerungen und Kündigungen nur mit Genehmigung der Mietvereinigungen gestattet sind.

15. **Kriegerheimstättengesetz.** Schon im Mai 1916 forderte der Reichstag einstimmig ein derartiges Gesetz. Durch die Schaffung von Heimstätten für die Kriegsteilnehmer im weitesten Sinne — auch für die Hilfswilligen — läme am besten die Dankbarkeit für die unerhörten Leistungen der Krieger zum Ausdruck. Die Kriegerheimstättenbewegung ist heute eine Volksbewegung, und mit Recht befürwortet die Eingabe, daß die badische Regierung sich bei der Reichsregierung dringend für den baldigen Erlass eines solchen Gesetzes, wie es vom „Sauplanschütz für Kriegerheimstätten“ vorgefchlagen wurde, einsetze. Ebenso soll geprüft werden, ob ein Heimstättengesetz, wie es Braunschweig in vorbildlicher Weise eingeführt hat, auch für Baden zweckmäßig sei. Die Regierung hält diese Fragen noch nicht für hinreichend geklärt. Außerdem kann sie sich nicht damit befassen, daß die damit beabsichtigte Fürsorge ausschließlich auf Kriegsteilnehmer beschränkt werden soll. — Hierzu ist zu bemerken, daß sicher zuerst für die Kriegsteilnehmer, wozu — wie gesagt — auch die Hilfswilligen gehören, und das ist die Masse der Bevölkerung, leichter und begründeter Reichsmittel und Reichsmaßnahmen gegeben werden können. Es dürfte eine weise Maßnahme der Regierung sein, eine Volksbewegung wie derjenigen für Kriegerheimstätten mit Liebe entgegenzukommen und keinen Schritt zu unterlassen, welcher der Förderung der halbwillkürlichen Ansiedlung der Stadtbevölkerung dienen kann. (Schluß folgt.)

Berichtszeitung.

Wegen deutsch-feindlicher Kundgebung hatten sich drei Dänen vor dem Schöffengericht in Mannheim zu verantworten. Sie hatten auf einer Bahnfahrt mehrfach „Nieder mit Deutschland, hoch England!“ ausgerufen. Das Schöffengericht verurteilte die Leute zu vier Wochen Gefängnis.

Postraub. Das Schwurgericht zu Glogau verhandelte gegen den Berliner Arbeiter Gustav Mittelstedt, der in der Nacht zum 31. Dezember 1917 in Gemeinschaft mit dem sahmensächlichen Soldaten Czernowsky einen Raubüberfall auf das kaiserliche Postamt in Quarg im Kreise Glogau ausgeführt hatte. Die beiden drangen in das Postamt und erbeuteten eine Summe von 17 000 M. Der Postamtsvorsteher, der die beiden bei ihrer Tat stürzte, wurde niedergeschlagen, besaßen seine Frau. Das Urteil gegen Mittelstedt lautete auf 10 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Gefängnis und Stellung unter Polizeiaufsicht. Gegen Czernowsky konnte nicht verhandelt werden, da dieser trotz zweimaliger Verhaftung wieder ausgebrochen ist.

Primaner als Einbrecher. Die Strafkammer in Danzig verhandelte gegen 5 Primaner, die während 5 1/2 Jahren Einbruch diebstähle in Danzig und Landfuhr verübten. Der Wert der entwendeten Gegenstände soll sich auf ungefähr 50 000 Mark belaufen. Allen Angeklagten werden mildernde Umstände zugestanden. Wegen unbefugter Entziehung elektrischer Kraft erhielt jeder der Angeklagten 15 M. Geldstrafe. Im übrigen wurde Grenzberg wegen 32 Diebstähle zu 3 Jahren Gefängnis, Pests wegen 18 Diebstähle zu 1 Jahr 3 Monaten, Hoffing wegen fünf Diebstähle zu 6 Monaten, Reinicke wegen 6 Diebstähle zu 8 Monaten und Lamprecht wegen 9 Diebstähle zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus aller Welt.

Eine Explosion in Mainz, Siefen Freitag 12.45 Uhr fand in der Metallwarenfabrik Busch in Mainz eine Explosion statt, durch welche ein kleines Betriebsgebäude zerstört wurde. Außer dem namhaftesten Schaden sind leider auch mehrere Menschenopfer zu beklagen. Bis jetzt wurden festgesetzt 3 Tote und 50 bis 60 Verletzte, darunter etwa 10 schwer. Von den letzteren ist bisher einer seinen Wunden erlegen. Der Fortgang des Betriebes ist nicht gesichert.

Mordhat eines geisteskranken Soldaten. Ein mit Anstaltsarbeit beschäftigter Soldat, der erst von einigen Tagen von einer Genesenenkompanie diesem Posten überwiesen worden war, erschoss in Buntshofen bei Friedrichshafen ohne jeden äußeren Anlaß aus dem Kreis von mehreren spielenden Kindern heraus den zehnjährigen Sohn des hier beschäftigten Bauführers Sutter. Zuerst legte der Täter auf ein anderes, gleichaltriges Kind an, und als das noch gesicherte Gewehr sich nicht entladen hatte, richtete er es auf den vorgenannten zehnjährigen Sohn mit den Worten: „Zieh erische dich jetzt.“ Die Spielkameraden nahmen diese Aeußerung nicht ernst und blieben beisammen. Doch der Täter drückte ab und traf den Knaben sofort tödlich. Hierauf wandte er sich wieder an das Kind und suchte es vom Boden aufzurichten, wobei er sich überaus erannt zeigte, daß der Schuß von tödlicher Wirkung war. Er entfernte sich nun und schloß sich unweit des Ortes seiner Schredenshat eine Kugel unterhalb des Armes in den Kopf. In schwerverlettem Zustande wurde er in das Karl-Lao-Krankenhaus gebracht. Der Vorfall, der größte Erregung hervorrief, kann wohl nur in einem Zusammenhang von geistiger Umnachtung gesehen sein. (G. R. G.)

Theater und Musik.

Künstlererfolg. Man schreibt uns: Dem als Komponisten, Dirigenten, Pianisten und Musikschritsteller in weiten Kreisen bekannten Herrn Fritz Rögely, ein geborener Badenener, der seine Ausbildung am Groß. Konservatorium für Musik in Karlsruhe erhalten hat und seit einigen Jahren in Detmold als Dirigent und Seminarinspizier tätig ist, war die Leitung der Feinmusik bei der Einweihung der von dem Fürsten zu Lippe-Deimold ins Leben gerufenen „Kirch Leopold-Adademie“ übertragen. Als Anerkennung ihm der Titel „Kirchlicher Musikdirektor“ verlieh.

man
wichtig
sich
auf
handl
Mann
„Gom
gebun
herbor
meh
gar de
lig der
der G
javan
Das is
weil d
heißt
vor fi
woggo
doch r
müßte
wande
t u m
wie es
schöff
meißte
Geschä
Boh
Fisch
nicht t
t u m
den M
fabr
gierig
W
schöft
heulen
Fischer
er zu
mittel
schöff
fertig?
F
Bürger
die J
Bei d
Anb
kriegt.
S
abend
mens
leje
jedes
S
nachm
in de
Vollst
der z
Berl
U
8 Uhr
ungün
Z
Strau
flor
Als ein
ber bo
dere L
kerische
M
heim a
ren W
aus.
r u e
A
Gefach
Beine
and
G
Auffü
führun
Troub
Worle
Stru n
zum I
Hoffhe
Vorlie
Neugel
Wieder
harfch
biefelb
auf die
Leo F
Dieffell
schlage
D
Karls
zu ein
reicha
lung,
In da
Schöch
Mitgli
Abend
Abend
Gäiser

Aus der Bndt.

* Karlsruhe, 13. Juni.

Wo bleiben die Fische?

Wenn man den Karlsruher Marktbericht liest, so findet man seit langem den stereotypen Satz: „Flussfische waren nur wenige Zentner am Markt, Seefische fehlen.“ Bei den Flussfischen muß ja berücksichtigt werden, daß nicht alle Flussfische auf den Markt kommen, der größte Teil kommt an die Fischhandlungen. Aber Seefische kommen nach Karlsruhe schon seit Monaten kein Pfund, von getrockneten Stöckfischen abgesehen.

Eine Lösung des Rätsels glauben wir in einer Notiz des „Süddeutschen Echo“ Nr. 130 unter der Rubrik „Altona und Umgebung“ zu finden, wo es heißt:

Wer entzinkt sich nicht der zahllosen Klagen, die seinerzeit hervorgehoben wurden durch den penetranten Duft einer Fischmehlfabrik in Eidelstedt? Ein Duft, demgegenüber so gar der sonst als allmächtig angesehene Landrat Dr. Scheiff völlig versagt hat. Das war vor dem Kriege. Man sollte glauben, der Gestank der Fischmehlfabrik wäre zurzeit, wo jeder Fischschwanz als menschliche Nahrung geschätzt wird, verschwunden. Das ist nun freilich nicht der Fall, und zwar einfach deshalb nicht, weil die Quelle, aus der die Fischmehlfabrik gespeist wird, das heißt ihr Betriebsmaterial erhält, merkwürdigerweise nach wie vor fleißig sprudelt: die faulen Fische nämlich. Eisenbahnwaggons führen der Eidelstedter Fischmehlfabrik die Fische zu, doch nicht nur Fische allein, sondern auch die leeren Krabben müssen tonnenweise dorthin fahren und in den Fischmehlapparat wandern. Man darf nun wohl fragen, woher dieser Fischreichtum eigentlich stammt, und ganz besonders nahe liegt die Frage, wie es möglich ist, so viele Mengen fauler Fische heranzuschaffen, die notwendig sind, den Betrieb der Eidelstedter Fischmehlfabrik in Gang zu halten. Wie uns berichtet wird, ist der Geschäftsgang dort ein durchaus zufriedensstellender. Woher kommen diese Massen verdorbener Fische? Und weiter die nicht weniger naheliegende und somit nicht weniger berechtigte Frage: mußte dieser Fischreichtum verderben? so daß er, anstatt auf den Markt und in den Kochtopf gebracht zu werden, zur Fischverwertungs-fabrik transportiert werden mußte? Wir sind begierig auf die Antwort auf diese Frage!

Wir auch! Wenn man sich in unserer Ernährungswirtschaft nicht schon an so Vieles gewöhnt hätte, könnte man Tränen heulen. Statt daß alles aufgefressen wird, den für uns schmerzhaften Fischreichtum der See den Binnen-Märkten zuzuführen, wird er zu Dünger oder Fäulnisfutter verarbeitet. Die Nahrungsmittel verkaufen und die Unternehmer machen glänzende Geschäfte. Ist man wirklich schuldlos solcher Wirtschaft ausgeliefert?

Feststellung der Ernteflächen. Eine Bekanntmachung des Bürgermeistersamtes im Anzeigenteil dieses Blattes behandelt die Feststellung der Ernteflächen der Karlsruher Gemarkung. Bei der Erhebung handelt es sich nur um feldmäßigen Anbau. Der Anbau in Haus- und Obstdörfern, ferner in Krieger-, Schreber- und Gärten bleibt unberücksichtigt.

Sozialdem. Verein Grünwinkel. Am Samstag, 15. Juni, abends 8 Uhr, findet in der „Neuen Pfalz“ eine Zusammenkunft der Parteigenossen und Volksgenossen statt. Bei der Wichtigkeit der Besprechung ist es Pflicht jedes Einzelnen, der Zusammenkunft anzukommen.

Sozialdem. Verein Daglanden. Für Sonntag, 16. Juni, nachmittags 2 Uhr hat die Vereinsleitung eine Versammlung in den „Karlsruher Hof“ anberaumt, wozu auch die Volksgenossen eingeladen sind. Es ist bei der Wichtigkeit der zu besprechenden Angelegenheiten zu erwarten, daß die Versammlung gut besucht wird.

Arbeiter-Jugend. Heute abend Spaziergang. Treffpunkt 8 Uhr am Linsenheimer Tor, Hans Thomastraße. Bei ungünstiger Witterung Zusammenkunft im Lokal.

Im Stadtgarten gelangte letzter Tage die von Bankier Dr. Strauß dem Stadtgarten zum Geschenk gemachte Figur der Flora am südlichen Eingang des Stadtgarten zur Aufstellung. Als ein Werk des Bildhauers Prof. G. Schredde stellt sie eine der vollendetsten Schöpfungen dieses Künstlers dar, dessen besondere Begabung hier eine sehr angemessene Aufgabe gefunden und glücklich gelöst hat. Der Stadtgarten ist damit in seinem künstlerischen Schmuck durch eine wertvolle Plastik bereichert worden.

Kleinwohnungsbaun. Die Firma K. H. H. in E. in Mülheim a. d. R., Maschinen- und Kanonenfabrik, schrieb einen engen Wettbewerb über eine Kolonie von 1500 Einfamilienhäusern aus. Die Architekten Pfeiffer u. Großmann in Karlsruhe erhielten den 1. Preis.

Auf die Straße geworfene Obstkerne bilden eine besondere Gefahr für Kriegsbeschädigte, die im Gebrauche ihrer Arme und Beine behindert sind. Man sollte deshalb keine Obstkerne oder andere Schutreste auf die Straße werfen.

Gr. Hoftheater. Am Donnerstag, 13. Juni, findet die letzte Aufführung von Göttis „Edelmützig“ in der Besetzung der Erstaufführung statt. Am Freitag, 14. Juni, findet die Aufführung „Der Troubadour“ statt, in der die Sopranistin Margarete Bruntsch, die hochgeschätzte Altistin unserer Oper, als Azucena zum letztenmale auftreten wird. Dem vom Spätsommer an für das Hoftheater verpflichteten Tenor Franz Schwerdt ist in dieser Vorstellung Gelegenheit gegeben, für den beurlaubten Herrn Neugebauer den Marico zu singen.

Städt. Konzerthaus. Donnerstag, 13. d. M., findet die zweite Wiederholung der mit durchschlagendem Erfolg aufgeführten Leharschen Operette „Der Rastelbinder“ statt. Die Besetzung ist dieselbe wie bei der Erstaufführungsvorstellung. Zugleich sei hier auf die am Samstag, 15. Juni, stattfindende Erstaufführung der Leo Fallischen Operette „Die Rose von Stambul“ hingewiesen. Dieselbe ist bereits an allen großen Deutschen Bühnen mit durchschlagendem Erfolg zur Darstellung gebracht worden.

Die Damenabteilung des Schwimm-Vereins „Rosen“ Karlsruhe e. V. hatte auf letzten Samstag abend ihre Mitglieder zu einem Familienabend in den Saal Ziegler eingeladen. Das reichhaltige Programm wurde durch den Leiter der Damenabteilung, Herrn Gustav Akenmarg mit einer Ansprache eröffnet. In das Programm teilten sich die Mitglieder Fräulein Blud, Herr Schöck, Frau Akenmarg ganz besonders aber waren es die beiden Mitglieder Frau Heddy und Herr Franz Gundlach, die sich um den Abend sehr verdient gemacht haben. Die Klavierbegleitung des Abends lag in den Händen von Fräulein Marga Dufur und Herrn Loh Gaiser.

Unfälle. Am Dienstag vormittag kam eine Straßenbahnfahrerinnen am Rheinbahn hier beim Auseinanderkuppeln von zwei Straßenbahnwagen zwischen die Buffer, wobei sie sich eine Quetschung der rechten Hüfte zuzog, die ihre Lebensführung in das städtische Krankenhaus nötig machte. — Beim Schießen nach Späßen in dem Garten seines Hauses in der Kaiserallee verletzte ein Herr einen 16jährigen Gärtnerlehrling dadurch, daß die Kugel an einem Stein abprallte und dem Lehrling in das Schlüsselbein eindrang. Der Verletzte mußte in das städt. Krankenhaus aufgenommen werden.

Diebstähle. In der Nacht zum 12. Juni wurden aus einer Gartenhütte in der Fautenbruchstraße 2 alte und 17 junge Ställe im Werte von 80 M. von bis jetzt noch nicht ermitteltem Täter entwendet. — Verhaftet wurde eine Dienstmagd aus Bretlach, welche ihrer früheren Dienstherrschaft Kleider und Wäsche im Wert von 225 M. entwendet hat.

Fußballwettkämpfe. Die Spiele des vergangenen Sonntags hatten folgende Ergebnisse: Rhönig und Mühlburg spielen unentschieden 0 zu 0, Rhönig 2—Mühlburg 2 zu 1. In Weiertheim siegt F.V. über Germania Durlach mit 2 zu 0 Toren, 2. Mannschaften spielen unentschieden 1 zu 1. Konordia Karlsruhe gewinnt gegen V. f. V. Gaggenau in Gaggenau mit 3 zu 2 Toren, desgleichen siegt Konordia Karlsruhe 2 über Gaggenau 2 mit 5 zu 1 Toren. In Bergausen schlägt F.S. Grödingen die Brödingener Germania mit 15 zu 1 Toren.

Kleine Kriegsnachrichten.

Berlin, 12. Juni. (Privatmeldung.) Die Schweizer Depeschen-Information meldet laut „N. Z.“ aus Mailand: In den Kreisen der englischen Militärtruppen herrschen, wie der „Secolo“ aus London vernimmt, über den Ausgang der gegenwärtigen deutschen Offensive sehr pessimistische Meinungen. Man erkennt an, daß die Lage täglich ernster werde und verheißt auch nicht, daß die Bedrohung von Paris von Tag zu Tag fühlbarer werde.

Berlin, 11. Juni. (M.D. Nicht amtlich.) Die Zahl der Gefangenen, die seit dem 21. März die Entente im Westen an Deutschland verloren hat, hat sich auf 205 000 erhöht. Desgleichen ist die Geschützte, die bisher 2250 betrug, infolge des neuen deutschen Sieges zwischen Montdidier und Rohon gewachsen. Die Entente, die auch auf den verschiedenen Angriffsfrenten das gesamte auf über 870 Kilometer eingebaute Stellungsmaterial in der ganzen Tiefe der hintereinanderliegenden Verteidigungszone mit ungezählten Munitionslagern, Depots und Bahnen verlor, hat blutige Verluste, die sich zu ungeheuren Zahlen gesteigert haben.

Budapest, 12. Juni. Ueber Genf wird ungarischen Blättern gemeldet, Paris bietet schon das Bild einer belagerten Stadt, weil Tausende von Verwundeten in den Spitalen untergebracht wurden und große Massen von Flüchtlingen aus der unmittelbaren Umgebung die Stadt überfluten. Ueberall bemerkt man Kopfschmerz und Niedergeschlagenheit.

Amsterdam, 12. Juni. (Nicht amtlich.) Einem nach einer amtlichen Mitteilung das Marineministerium alle Küsten- und Ozeanfahrlinien unter seine Aufsicht genommen hat, soweit es sich um die Feststellung der Routen und Fahrten, innerhalb der Verteidigungszone und innerhalb der Dänen handelt. Jetzt ist endgültig festgestellt worden, daß mehr als ein Unterseeboot in den atlantischen Gewässern operiert haben. Demnach gleichzeitig wurden Angriffe auf Virginia besetzten Inseln zufolge erfahren die „Times“ aus Washington, und Nantucket gemeldet. Außerdem hat ein zurückkehrendes Schiff viel fischeren ein Verstoß gegeben. Marineminister Daniel befiehlt, daß keine amerikanischen Schiffe zurückgerufen werden sollen und daß die amerikanischen Flottenpläne nicht geändert werden sollen.

Konstantinopel, 12. Juni. (Privattelegramm.) Wie die Blätter melden, berichtet Justizminister Salih Bey aus Batum, daß die Verhandlungen mit den Delegierten des Südkaukasus beendet seien und daß der Frieden unterzeichnet sei.

Washington, 12. Juni. (Nicht amtlich. Privatmeldung.) Präsident Wilson hat in seinem Telegramm an den amerikanischen Arbeiterverband und an den amerikanischen Verband für Arbeit und Demokratie u. a. geschrieben: Wir erleben jetzt die schwierigste Zeit des Kampfes, doch kann die Nation sie vertrauensvoll bestehen, da sie jetzt sicher ist, daß keine feindlichen Eingriffe jemals unsere Einheit durch wirtschaftliche Kämpfe und Klassenstreiks leiten, wie sie der Feind anzustreben versucht, zu hören vermag.

Der Mann in der Sadgasse.

Opposition gegen Clemenceau.

M.D. Bern, 11. Juni. (Nicht amtlich.) Die nationalstiftliche französische Presse betont hinsichtlich der Kammerdebatte und der Rede des Ministerpräsidenten Clemenceau, daß diese keine Unwahrheit enthalten habe, um sein Werk vollenden zu können.

Ein anderes Bild geben die Kommentare der sozialistischen Presse, die an Heftigkeit nichts zu wünschen übrig lassen. In der „Humanité“ bestreitet Renaudel, daß die sozialistischen Kreise keinerlei Mängel gegen Clemenceau im Schild führen, sondern nur die Wahrheit verlangen. Daß Clemenceau nicht mehr allein genüge, habe die Sitzung gezeigt. Er ergebe sich in großen rednerischen Phrasen. Wo er Tatsachen zitiere, zitiere er falsch. Die Zukunft sehe nicht erfreulich aus. Daß die Deutschen wieder in Aktion seien, sei die Antwort auf alles. Tags darauf erklärte Renaudel in der „Humanité“: Clemenceau ist der Mann in der Sadgasse. Auf französischem, politischem und sozialistischem Gebiete habe er Frankreich in die Sadgasse getrieben.

„Populaire“ jagt: Das Unbehagen, das in der französischen Arbeiterklasse gegen Clemenceau herrscht, kann nur durch eine Verdröhnungspolitik Clemenceaus gehoben werden. Leider ist eine solche Politik nicht befohlen worden zu sollen.

Sembat hält in der „Kantone“ die Kammerführung für ein unglückliches Schauspiel, in dem Wahnsinnige ihr Wesen getrieben hätten. Die Sozialisten hätten ihre Politik gegen Clemenceau mit Rücksicht auf die Landesverteidigung eingestellt, aber während sie geschwiegen hätten, hätten die Katholiken eine laute Sprache geführt.

Die Sage im neuen Rußland.

Moskau, 8. Juni. Nach einer Verfügung der russischen föderativen Sowjetrepublik ist die Farbe der Flagge der russischen Republik „rot.“ In der linken oberen Ecke werden die Buchstaben R. S. F. S. R. aufgenäht oder mit Farbe aufgetragen. Die Buchstaben sind in Gold, aber zum gewöhnlichen Gebrauch kann man sie in goldgelber Farbe ausführen.

Berlin, 12. Juni. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ meldet „Daily Express“ aus Petersburg, daß der bevorstehende Prozeß des früheren Zaren sensationell zu werden verspreche. Laut Berichten aus Moskau sind die Sowjets mit dem Zusammenbringen von Telegrammen und Briefen des früheren Zaren an den König Viktor Emanuel von Italien, König Ferdinand von Rumänien, König Konstantin von Griechenland, König Albert von Belgien, Präsident Poincare und Kaiser Wilhelm beschäftigt.

Letzte Nachrichten.

Fleischlose Wochen in Bayern.

Berlin, 12. Juni. Nach einer Meldung des „N. Z.“ aus Augsburg wurde in einer Sitzung des Ministeriums des Innern festgestellt, daß von August ab wegen Viehmangels gänzlich fleischlose Wochen eintreten sollen. Auch sonst seien die Lebensmittelvorräte knapp.

Briefkasten der Redaktion.

R. Heuberg. Veröffentlichungen wollen wir die Sache nicht; sie wird aber sonst veröffentlicht. Gruß!

E. Sch. Durlach 101. Ihre Darstellung ist so unvollständig, daß eine Auskunft im Briefkasten nicht gegeben werden kann. Es kommt darauf an, ob ein Verlöbnis vorlag oder nicht. Wenden Sie sich an das Arbeitersekretariat Karlsruhe, Wilhelmstr. 47. Der Sekretär ist übrigens auch in Durlach jeden Mittwoch Abend von 6—8 Uhr im Caféhaus „Zum Schwaben“, Hauptstraße, zu sprechen.

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel 1,47 Meter, gest. 2 Zentimeter; Rehl 2,44 Meter, gest. 2 Zentimeter; Ragau 3,81 Meter, gest. 2 Zentimeter; Mannheim 2,78 Meter, gest. 2 Zentimeter.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Reber, für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Durlacher Straße 24.

Am 29. Mai 1918 ist eine neue Bekanntmachung (Nr. G. 700/5. 18 K.R.A.), betreffend Beschlagnahme und Vorratserhebungen von Gummibereifungen für Kraftfahrzeuge jeder Art, erlassen, die an Stelle der Bekanntmachung Nr. B. I. 622/4. 15 K.R.A. vom 16. Mai 1915 getreten ist. Durch die neue Bekanntmachung werden sämtliche Gummibereifungen (Räder, Schläuche, Ballreifen) für Kraftfahrzeuge jeder Art (Kraftwagen, Krafttraber) beschlagnahmt, gleichgültig, ob sie sich an Wagen (auch an zugelassenen) befinden oder nicht, ob sie von irgendeiner Stelle früher freigegeben oder ob sie im Inlande oder Auslande erworben sind. Nicht beschlagnahmt sind lediglich die Bereifungen, die sich im Eigentum der Heeres- oder Marineverwaltung befinden.

Trotz der Beschlagnahme bleibt jedoch die Benutzung der Bereifung auf Grund einer schriftlichen Benutzungs-erlaubnis der Inspektion der Kraftfahrtruppen gestattet. Nach dem 15. August 1918 haben jedoch nur solche Benutzungs-erlaubnisbescheide Gültigkeit, die nach dem 29. Mai 1918 erteilt sind. Im übrigen sind Veränderungen und rechtsgeschäftliche Verfügungen über beschlagnahmte Gegenstände nur mit Einwilligung der Inspektion der Kraftfahrtruppen erlaubt.

Gleichzeitig ist für die beschlagnahmten Gegenstände eine Meldepflicht angeordnet. Die Meldungen sind auf besonderen amtlichen Meldescheinen bis zum 20. Juni 1918 an die Inspektion der Kraftfahrtruppen zu erstatten. Es muß damit gerechnet werden, daß ein Teil der beschlagnahmten Gegenstände von der Heeresverwaltung in Anspruch genommen werden wird. Es empfiehlt sich daher, auf Anfordern der Heeresverwaltung, die Gegenstände freiwillig an diese zu verkaufen, da sonst eine Enteignung vorgenommen werden müßte.

Der Wortlaut der Bekanntmachung, die verschiedenen Einzelbestimmungen enthält, ist bei den Bürgermeistern, Ämtern und Polizeibehörden einzusehen. 3778

Karlsruhe, Gemeinde-Haus, Blücherstrasse 20 (Haltestelle Kaiser-Allee, Ecke Blücherstrasse) Freitag, 14. Juni 1918, abends 7 1/2 Uhr: **Abschieds-Abend** **Lütjohann** Dichtungen von Gött, Gryphius, Goethe, Schiller, Bodmann, Geibel. Karten im Vorverkauf zu Mk. 3.50, 2.50, 1.50 in der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstrasse, Ecke Waldstrasse — Telefon 388 — von 9—1 und 8—6 Uhr und an der Abendkasse. 3774

Ältere Arbeiter u. Arbeiterinnen werden eingestellt. Karlsruhe-Rheinhafen Hanfstraße 20. 3780

Todes-Anzeige.

Gestern nachmittag verschied nach kurzer, schwerer Krankheit mein kaufmännischer Lehrling

Friedrich Westermann

Ich verliere in dem Heimgegangenen einen fleissigen und tüchtigen Mitarbeiter, der zu den besten Hoffnungen berechtigte. Ehre seinem Andenken.

Karlsruhe, den 12. Juni 1918.

Christian Riempp.

Bekanntmachung.

Feststellung der Ernteflächen.

1) Gemäß Verordnung des Bundesrats ist die Größe der Ernteflächen festzustellen, die z. Bt. der Erhebung angebau sind mit:

Table with 2 columns: Crop type (Weizen, Spelz, Roggen, Gerste, Hafer, Gemenge aus Getreide aller Art, Buchweizen, Hirse, Körner, Mais, Weichhorn, Hülsenfrüchten, Lupinen, Getreide, Mais, Rüben, Weiden, Mohn, Sonnenblumen) and Cultivation method (Bsp.: Anpflanzungen, Kartoffeln, Rüben, Gemüse, Futtermittel, Wiesen, etc.)

2) Bei der Erhebung handelt es sich nur um feldmäßigen Anbau. Der Anbau in Haus- und Obstgärten, ferner in Kriegs-, Schreber- usw. Gärten bleibt also unberücksichtigt.

3) Die Ernteflächen sind nur in Ar und Quadratmeter anzugeben (1 Ar = 100 Quadratmeter). Alte badische Maße sind umzurechnen und zwar ist ein ganzer badischer Morgen = 36 Ar, 1/4 bad. Morgen = 9 Ar, 1 Seklar = 2 3/4 bad. Morgen zu rechnen.

4) Die Angaben sind vom Bewirtschafter des Bodens oder seinem Stellvertreter zu machen — gegebenenfalls also vom Pächter, Verwalter, für selbstbewirtschaftetes Dienstland vom Nutzungsberechtigten.

5) Die Angaben sind auch für solche Flächen zu erstatten, die nicht auf karlsruher Gemachung liegen — vorausgesetzt, daß die Bewirtschaftung dieser Flächen von Karlsruhe aus erfolgt.

6) Steht der Betriebsinhaber im Felde und bereitet seiner Frau oder seinem sonstigen Stellvertreter die Ausfüllung des Erhebungsbogens Schwierigkeiten, so wende man sich an die Gemeindeverwalter oder an das städt. Statistische Amt.

7) Die Angaben sind nur auf den vorgeschriebenen Verbrüchen zu erstatten, die kostenlos erhältlich sind bei den Polizeiwachen und den Gemeindeverwaltungen der Vororte.

Diese Vordrucke sind sorgfältig auszufüllen und spätestens am 18. Juni in den Vororten bei den Gemeindeverwaltungen, in Mt. Karlsruhe einicht. Mühlburg bei einer der Polizeiwachen abzugeben oder an das städtische Statistische Amt, Zähringerstr. 98) einzuliefern.

8) Durch seine Unterschrift hat der zur Angabe Verpflichtete oder sein Vertreter die Richtigkeit seiner Angaben zu bestätigen. Angaben ohne Unterschrift gelten als nicht abzugeben.

9) Wer vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben macht oder die Angaben, zu denen er verpflichtet ist, nicht in der gefestigten Frist erstattet, hat Bestrafung mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geld bis zu 10 000 Mk. zu gewärtigen.

Karlsruhe, den 11. Juni 1918.

Das Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Kriegsunterstützungen für die 2. Hälfte des Monats Juni 1918 findet nach Maßgabe der Ordnungszahl der Ausweislisten an folgenden Tagen statt:

Table with 2 columns: Amount (D. Z. 1 bis mit 2900, 2901 bis mit 5800, 5801 bis mit 8700, 8701 bis mit 11600) and Date (Samstag, den 15. Juni 1918, Montag, den 17. Juni 1918, Dienstag, den 18. Juni 1918, Mittwoch, den 19. Juni 1918, Donnerstag, den 20. Juni 1918)

jeeweils vormittags von 8 bis 1 1/2 Uhr und nachmittags 1/2 bis 6 Uhr im großen Rathhauseaal.

Am Interesse einer geordneten und raschen Abwicklung des Auszahlungsgeäfts muß dringend darauf bestanden werden, daß die Begünstigten die vorgeschriebene Reihenfolge genau einhalten.

Karlsruhe, den 12. Juni 1918.

Das Bürgermeisteramt.

Lüchtige

Kübler und Küfer

finden Beschäftigung

Bad. Lebensmittelabrik Louis L. Stern & Cie.

Bannwaldallee 1 und 2.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Amtsbezirk Durlach.

Bekanntmachung.

Infolge der Bundesratsverordnungen vom 4. August 1914 Betreff „Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen“ bezw. vom 22. November 1917 Betreff „Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges“, werden mit bereits erfolgter Zustimmung des Groß. Versicherungsamts Durlach und des Groß. Oberversicherungsamts Karlsruhe, die Beiträge von 4 auf 4 1/2 % des Grundlohns festgesetzt und der Grundlohn von Mk. 5.— auf Mk. 8.— erhöht.

Die Einführung tritt mit dem 17. Juni d. J. in Kraft.

Grundlöhne, Beiträge und Leistungen sind demnach ab 17. Juni wie folgt:

Table with 4 columns: Lohnstufe, bei Arbeitsverdienst, Grundlohn, Beiträge. Rows 1-9 showing increasing wage levels and corresponding contributions.

Table with 6 columns: Lohnstufe, Täg. Krankengeld, Wöchentl. Krankengeld, Hausgeld, Täg. Wöchnerinnen-Unterstützung, Sterbegeld. Rows 1-9 showing benefit amounts for different wage levels.

Für Erkrankungen, die vor dem 17. Juni eingetreten sind, bleiben die bisherigen Lohnstufen maßgebend.

An die Arbeitgeber sind je eine und an größere Betriebe eine entsprechende Anzahl Tabellen, aus der die Berechnung der Kranken- und Unfallversicherungsbeiträge und die wöchentlichen Abzüge am Lohn, sowie die Leistungen der Kasse zu ersehen sind, zuzugewandt. Weitere stehen bei der Verwaltung unentgeltlich zur Verfügung, bezw. sind in den Kassensalarien zur Einsichtnahme ausgehängt.

Durlach, den 11. Juni 1918.

Der Vorstand.

Sirchauer.

3786

Größere Anzahl

saubere, fleißige

junge Mädchen

für unsere Nahrungsmittelfabrik gesucht.

Arbeitsbuch und Quittungskarte sind mitzubringen.

Gesellschaft Sinner,

Grünwinkel.

3726

Papierabfälle

jeder Art

3790

kauft zu den höchsten Tagespreisen unter Garantie des Einstampfens

S. Nachmann

Karlsruhe-Mühlburg Filiale Durlach

Sedanstrasse 15. Pfinzstrasse 28.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt: Schmiede, Schlosser, Wagner, Schreiner, Küfer, Bäcker, Schneider, Schuhmacher, Hausburschen für Privat und Hotels, Tagelöhner und Hilfsarbeiter aller Art.

Städt. Arbeitsamt Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe Zähringerstr. 100, Tel. 629.

Schreiner, Schlosser u. Tüncher

garntiondienst- oder arbeitsverwendungsfähig, sofort gesucht. Angebote unter Chiffre G. 1068 an die Geschäftsstelle des Volksfreund.

Voile-Kleider und -Blusen Daniels Konfektionshaus Wilhelmstr. 34

Ein Bierführer sowie gelernter Bierbrauer gesucht. Brauerei Eglau Durlach.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheheirathungen. Karl Mayer von hier, Kaufmann hier, mit Verta Hill von Weingarten. Albert Reumer von hier, Grenadier hier, mit Marie Marx von Rohrbach.

Geburten. Alfred, B. Joz. Schäple, Tagelöhner. Hilba Martha, B. Friedr. Sutter, Eisenreher. Elisabeth Ingeborg, B. Paul Beder, Hofkassapfeiler. Alfred, B. Jaaf Dornacher, Pferdehändler. Margarete, B. Albert Weidner, Knecht. Walter Erich, B. Emil Vuhhard, Mechaniker. Erna Maria, B. Karl Dackner, Schlosser. Gertrud Sofie, B. Christian Welle, Tagelöhner. Helene, B. Emil Weber, Mechaniker.

Todesfälle. Christine Friederlein, 66 J. alt, Witwe von Franz Friederlein, Pflanzw. Simon Nonnenmacher, Zugmeister, Wittwer, 60 J.

Städtisches Konzerthaus.

Donnerstag, 13. Juni, 1/8 Uhr

Der Rastelbinder.

Malerarbeiten!

Maler, Anstreicher und Zimmermeisterarbeiten werden prompt ausgeführt vom Malermeister W. W. W. über Schützenstr. 17. 3779

Wegen

Geschäftsauflösung

werden zu jedem annehmbaren Preise abgegeben: 1 Sofa, 2 Ausziehtische, 1 Flurgarderobe, Nachtschrank, Badstühl, Bettstelle mit Matratze und 2 Kompl. Betten, Federbetten und Kissen, Küchenschrank, Spiegel und Bilder.

Krämers An- und Verkauf Kaiserstraße 69 Eing. u. Badbornstr.

Einkochapparate

Einkochgläser, alle Größen, Gesele, Gläser, Erhitzgeräte, Steintöpfe in allen Größen, Thermometer für Einkochapparate, mit u. ohne Hilfe, empfiehlt zu mäßigen Preisen

Ernst Marx

Zuifenstraße 68. Fernruf 3086.

Bitt-Gesuche

oller Art, an Militär und andere Behörden, zwecks Urlaub, Rückverlegung usw. fertigt bekannte Schriftstellerin, welche die glänzendsten Erfolge aufzuweisen hat, gegen mäßigen Preis.

Frau Olga Baumann, Schriftstellerin, Rudolfstraße 6, part.

Browning, Revolver, Fiobert,

mit und ohne Patronen, werden angekauft in

Weintraubs An- und Verkaufsgeschäft, Kronenstr. 52.

Betten!

Gute, neu hergericht. Betten von 60 cm an, schöner Küchenstuhl, Küchentisch 15 m. Wöbellager Köhler, Schützenstraße 25.

Junge Mädchen per sofort gesucht. Richard Graebener Nahrungsmittelfabrik, Sojienstr. 117.

Divans!

sehr schöne, neue, zu verkaufen. Volkerei R. Köhler, Schützenstr. 25.

Einige junge Burschen im Alter von 15 bis 17 Jahren können sofort eintreten bei A. Prinz, Brauerei Karlsruhe. 3784